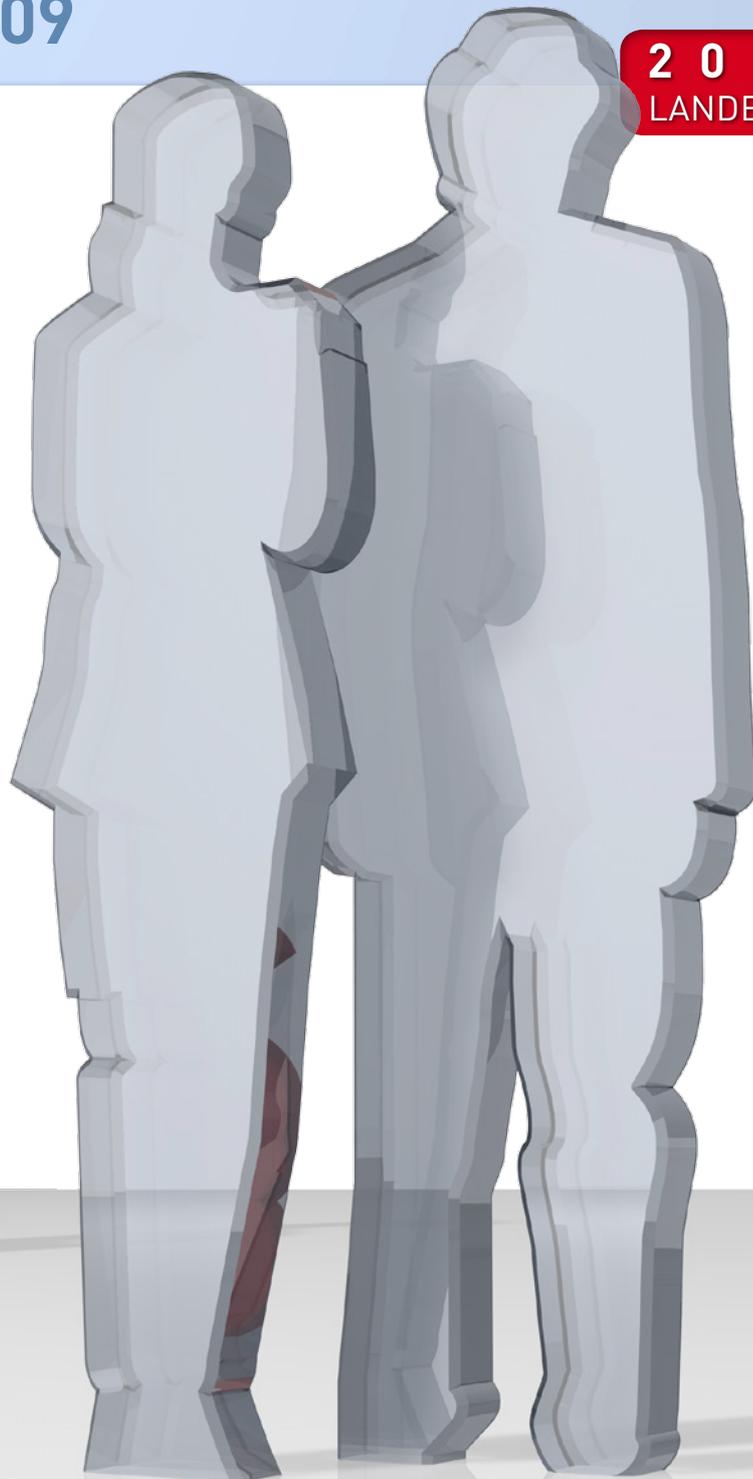


DER LANDESVOLKSANWALT VON TIROL BERICHT 2009

20 JAHRE
LANDESVOLKSANWALT



LANDESVOLKSANWALT
Organ des Tiroler Landtages



tirol
Unser Land

BERICHT DES LANDESVOLKSANWALTES AN DEN TIROLER LANDTAG

über die Tätigkeit vom 1. Jänner 2009 bis 31. Dezember 2009

VORWORT	4
20 JAHRE LANDESVOLKSANWALT VON TIROL	6
Grußwort Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa	6
Grußwort Landeshauptmann Günther Platter	7
Grußwort Volksanwaltschaft Wien	8
Grußwort Europäischer Bürgerbeauftragter	9
Rückblick und Festakt	10
JAHRESBERICHT 2009	20
1. ALLGEMEINER TEIL	
1.1 Team und Büro	20
1.2 Die landesverfassungsrechtliche Grundlage	22
1.3 Statistische Übersicht	23
1.3.1 Allgemeines	23
1.3.2 Inanspruchnahme	23
1.3.3 Aufteilung der Beratungs- und Beschwerdefälle nach Materien	26
1.3.4 Erledigung von aktenmäßigen Beratungs- und Beschwerdefällen	27
1.4 Erreichbarkeit	28
1.5 Sprechtage	29
1.6 Zentrale Ansprechperson für Behindertenanliegen	32

2.	BESONDERER TEIL	
2.1	Bemerkungen zu einzelnen Fällen	40
2.1.1	Ein zweifellos langer und schwieriger (Zufahrts)Weg	40
2.1.2	Raumordnung und die „Allmacht“ des Gemeinderates	42
2.1.3	Grundsicherung – Finanzhilfe des Landes zur ambulanten Pflege	43
2.1.4	Das Verordnungsrecht des Gemeinderates	44
2.1.5	Drohende Wohnungslosigkeit einer jungen mehrfachen Mutter	46
2.1.6	Erfolgreiche Abänderung eines Wohnbauprojektes	47
2.1.7	Behindertenrecht – Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes	49
2.1.8	Benützungsgebühren – eine oftmals schwierige Rechtsmaterie	50
2.1.9	Finanzielle Not	51
2.1.10	Die Familienfeier war gerettet	52
2.2	Anregungen an Gesetzgebung und Verwaltung	53
2.2.1	Allgemeines	53
2.2.2	Raumordnung und die „Allmacht“ des Gemeinderates	54
2.2.3	Bei Förderungen ist Klarheit und Transparenz besonders wichtig	56
2.2.4	Tiroler Grundsicherungsgesetz	57
3.	WEITERE THEMENSCHWERPUNKTE	
3.1	Europäisches Ombudsmann-Institut (EOI)	58
3.2	Internationale und nationale Kontakte	60
3.3	Öffentlichkeitsarbeit	61
4.	ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN	62

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten,
Hoher Tiroler Landtag!

Gemäß Artikel 59 Absatz 2 der Tiroler Landesordnung 1989 hat der Landesvolksanwalt dem Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen. Diesem Auftrag darf ich mit dem folgenden Bericht für das Jahr 2009 nachkommen.

Der Tiroler Landtag hat mit der Tiroler Landesordnung 1989 die Institution des Landesvolksanwaltes geschaffen. Am 24. Mai 1989 wurde HR Dr. Helmuth Tschiderer vom Tiroler Landtag zum ersten Landesvolksanwalt von Tirol gewählt. Mit 30. Juni 1999 trat HR Dr. Helmuth Tschiderer in den Ruhestand. Bereits am 05. Mai 1999 wurde HR Dr. Johannes Pezzei vom Tiroler Landtag zu seinem Nachfolger gewählt. Nach etwas mehr als viereinhalb Jahren nahm HR Dr. Johannes Pezzei Ende Feber 2004 Abschied von dieser Funktion und er wurde mit 01. März 2004 mit der Leitung der neu geschaffenen Abteilung Verwaltungsorganisation und Personalmanagement betraut.

Auf Vorschlag von Herrn Landtagspräsidenten Prof. Ing. Helmut Mader wurde ich in der Sitzung am 17. März 2004 vom Tiroler Landtag einstimmig zum neuen Landesvolksanwalt von Tirol gewählt und ich habe mit 01. April 2004 den Dienst in dieser Funktion angetreten.

Die in der Tiroler Landesordnung vorgesehene Berichterstattung an den Tiroler Landtag soll in erster Linie darin bestehen, den Damen und Herren Abgeordneten Informationen über das Verhältnis Bürger – Staat zu geben. Erstmals seit vielen Jahren hat die Inanspruchnahme des Landesvolksanwaltes im Berichtsjahr zahlenmäßig leicht abgenommen, was aber im Hinblick auf die teilweise überdurchschnittlichen Steigerungen in den Vorjahren nicht weiter verwunderlich ist. Die nach wie vor große Anzahl der Menschen aus Tirol, welche mit dem Landesvolksanwalt und seinen Mitarbeitern Kontakt aufnehmen, ist umso bemerkenswerter, als trotz zahlreicher Beratungs- und Ombudseinrichtungen in den verschiedensten Bereichen verstärkt der Weg zum Landesvolksanwalt gesucht wird. Offensichtlich verbinden die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Einrichtung Objektivität, Neutralität und Durchsetzungs-

fähigkeit, was im Übrigen nicht selten von Vorsprechenden bestätigt wird. Auch stehen nur dem Landesvolksanwalt die verfassungsrechtlich gewährleisteten Instrumente der uneingeschränkten Akteneinsicht und behördlichen Auskunftspflicht zur Verfügung, welche jedoch für eine objektive Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes unabdingbar sind.

In einem modernen Europa gehört es mit zum rechtsstaatlichen Auftrag und zur Stärkung der Demokratie, den Bürgerinnen und Bürgern eine unabhängige Stelle zur Verfügung zu stellen, die sie bei Konflikten mit der Verwaltung unterstützt und Verwaltungshandeln überprüft. Dadurch sollen die Menschen bestärkt werden, zur Verwaltung und deren Dienststellen berechtigtes Vertrauen haben zu können. Dieses Vertrauen zu stärken oder nötigenfalls wieder herzustellen, ist eine wesentliche Aufgabe jeder Ombudsmann-Einrichtung. So ist es auch Ziel des Landesvolksanwaltes, in gegenseitigem Respekt einen Ausgleich zwischen dem Bürger und der, oft als übermächtig empfundenen, öffentlichen Verwaltung herzustellen.

Dieser Bericht unterscheidet sich insofern von den Jahresberichten der Vorjahre, als der erste Teil des Berichtes einem kurzen Rückblick auf das 20-jährige Bestehen der Einrichtung des Landesvolksanwaltes von Tirol, welches wir im Rahmen eines würdigen Festaktes am 19. Juni 2009 im Großen Saal des Landhauses 1 feiern konnten, gewidmet ist.

Auch habe ich das Jubiläumsjahr zum Anlass genommen, den Jahresbericht hinsichtlich Layout und Gestaltung vollkommen neu zu überarbeiten.

Innsbruck, im März 2010



Dr. Josef Hauser
Landesvolksanwalt

GRUSSWORT LANDTAGSPRÄSIDENT DDR. HERWIG VAN STAA



Für die Einrichtung des Landesvolksanwaltes war das Jahr 2009 ein ganz besonderes Jahr – sie konnte nämlich ihr 20-jähriges Bestandsjubiläum feiern.

Als der Tiroler Landtag im Jahr 1989 die Institution des Landesvolksanwaltes geschaffen hat, war noch nicht absehbar, welchen Weg diese beschreiten wird. Heute können wir mit Stolz sagen, dass sie zu einer Erfolgsgeschichte wurde und große Anerkennung genießt. So kam es in den vergangenen 20 Jahren zu insgesamt über 80.000 Kontaktaufnahmen von Hilfe und Rat suchenden BürgerInnen. Waren es im Jahr 1990 noch 3.000 Menschen, die den Weg zum Volksanwalt gesucht haben, so kam es im Jahr 2008 bereits zu 5.800 Kontakten. Das Vertrauen der Bevölkerung in diese Einrichtung ist also stetig gewachsen. Ebenso gewachsen sind auch die Tätigkeitsfelder des Volksanwaltes: Neben den klassischen Verwaltungsmaterien wurde der Sozialbereich immer wichtiger, wobei es seit dem Jahr 1999 auch einen eigenen Behindertenansprechpartner innerhalb der Volksanwaltschaft gibt.

Jeder Rückblick, jede Bilanz sollte auch dazu genutzt werden, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Heute passiert es häufig, dass durch die Vielzahl an verschiedenen Anwaltschaften bei den Rat suchenden Menschen Verwirrung herrscht, an wen sie sich wenden sollen. Im Sinne der Bürgerfreundlichkeit wäre es daher durchaus überlegenswert, diese Anwaltschaften – natürlich innerhalb des sich bietenden rechtlichen Rahmens – räumlich oder auch organisatorisch in einer zentralen Bürgerrechtsberatungsstelle zusammenzufassen. Begrüßenswert wäre es auch, wenn eine solche neue Einrichtung im Sinne der Nachhaltigkeit flexibel und angemessen auf künftige gesellschaftliche Entwicklungen wie z.B. den zu erwartenden Anstieg des Anteils der SeniorInnen oder MigrantInnen an der Gesamtgesellschaft eingeht und in ihre Beratungstätigkeit verstärkt aufnimmt.

Abschließend möchte ich Landesvolksanwalt Dr. Josef Hauser und seinem Team für die erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung aussprechen und ihm zum ausgezeichneten Jahresbericht 2009 gratulieren.

DDr. Herwig van Staa
Präsident des Tiroler Landtages

GRUSSWORT LANDESHAUPTMANN GÜNTHER PLATTER



Als 1989 der erste Landesvolksanwalt von Tirol, Helmuth Tschiderer, seinen Dienst aufnahm, war das der Beginn einer kontinuierlichen Erfolgsgeschichte.

Ein Blick auf die Statistiken unterstreicht die Bedeutung dieser dem Landtag unterstellten Ombudsstelle auf eindrucksvolle Weise. In zwei Jahrzehnten suchten rund 80.000 Personen Rat und Unterstützung in verwaltungsrechtlichen Anliegen, davon rund 35.000 in einem persönlichen Gespräch. Im Jahr 2008 erreichte die Beratungszahl mit knapp 6.000 Kontakten den bisherigen Höhepunkt.

Das Ziel der Volksanwaltschaft deckt sich mit dem Demokratieverständnis eines modernen Rechtsstaates und somit auch des Landes Tirol: Den Bürgerinnen und Bürgern wird eine von der Landesregierung unabhängige Einrichtung geboten, die Konflikte mit der öffentlichen Verwaltung und deren Dienststellen objektiv und kompetent zu schlichten sucht. Auf diese Weise bleibt der gegenseitige Respekt gewahrt und es wird eine neue Vertrauensbasis geschaffen.

Seit April 2004 beschäftigen sich Josef Hauser als Landesvolksanwalt von Tirol und sein Team mit breitem Fachwissen und hoher sozialer Kompetenz mit Anliegen aus unterschiedlichsten Rechtsbereichen und sorgen für Aufklärung und Abhilfe. Zudem werden fortwährend gute und wichtige Kontakte mit Ombudsstellen im In- und Ausland gepflegt.

Im Namen aller Regierungsmitglieder möchte ich für die wertvolle Arbeit, die in der Volksanwaltschaft seit 20 Jahren täglich geleistet wird, aufrichtig danken. Um den Erfolgskurs fortzuführen, wünsche ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin viel Motivation.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Günther Platter'.

Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol

GRUSSWORT DER VOLKSANWALTSCHAFT



Seit über dreißig Jahren kontrolliert die Volksanwaltschaft im Auftrag der Bundesverfassung die tägliche Arbeit der Verwaltungsbehörden und daher auch aller Behörden, Ämter

und Dienststellen in Tirol, die mit dem Vollzug der Bundesgesetze beauftragt sind. Seit nunmehr zwanzig Jahren findet die Volksanwaltschaft in der Einrichtung des Landesvolksanwaltes von Tirol, der die Verwaltung des Landes Tirol und seiner Gemeinden pruft, ihre Ergänzung.

Anlässlich dieses runden Jubiläums zeigt die beeindruckende Bilanz, dass der Tiroler Landesvolksanwalt und sein Team in den letzten beiden Jahrzehnten stetig und nachhaltig das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen konnten. Wendeten sich 1990 ca. 3.000 Personen an die Landesvolksanwaltschaft, waren es 2008 schon über 5.800 Menschen. Insgesamt über 35.000 persönliche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern belegen, wie engagiert das Verwaltungskontrollorgan dieser fachlich wie menschlich herausfordernden Tätigkeit nachkommt. Diese bemerkenswerten Zahlen machen auch zum wiederholten Male deutlich, welche wichtige öffentliche Kontrollfunktion der Landesvolks-

anwalt im Dienste von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausübt.

In ihrem gemeinsamen Bestreben, Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nachzugehen und die Gesetzmäßigkeit von behördlichen Entscheidungen zu überprüfen, haben die Volksanwaltschaft und der Landesvolksanwalt von Tirol traditionell eine enge Kooperation aufgebaut. Ausdruck der guten Zusammenarbeit waren in den vergangenen Jahren neben einem Besuch des Tiroler Amtskollegen Dr. Josef Hauser und seines Teams auch dessen Mitwirkung an den Sprechtagen der Volksanwaltschaft in Tirol.

Im Namen aller Mitglieder der Volksanwaltschaft freue ich mich darauf, diese gute Kooperation in den kommenden Jahren noch weiter zu intensivieren und wünsche dem Landesvolksanwalt von Tirol und seinem Team alles Gute für die zukünftige Tätigkeit.

Volksanwltin Mag.a Tereziya Stoitsits

(als derzeitige Vorsitzende)

VOLKSANWALTSCHAFT



GRUSSWORT DES EUROPÄISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN



Ich fühle mich sehr geehrt über die Einladung meines Ombudsmann-Kollegen und Freundes, Herrn Dr. Josef Hauser, diese Grußworte als Einleitung zum Jahresbericht 2009 des Landesvolksanwal-

tes für Tirol an Sie zu richten.

Das Jahr 2009 bot der Welt der Bürgerbeauftragten die Gelegenheit, das 200-jährige Bestehen der ersten parlamentarischen Ombudsmann-Institution zu feiern: Vor 200 Jahren war Schweden das weltweit erste Land, das eine solche Institution als Wächterin über die gute Verwaltung, Transparenz und Verantwortlichkeit einrichtete. Mit der Ausnahme Finnlands, das 1919 eine vergleichbare Stelle ins Leben rief, begann die weltweite Verbreitung dieser schwedischen Idee erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei in den 1980er und 1990er Jahren eine Fülle von Ombudsmann-Einrichtungen sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene geschaffen wurde.

Im Juni 2009 feierte das Land Tirol das zwanzigjährige Bestehen der Einrichtung des Landesvolksanwaltes. Der vorliegende Jahresbericht bietet somit nicht nur die Gelegenheit, die Leistungen des Tiroler

Landesvolksanwalts für die Landesbürger und Bürger mit Wohnort in dieser Region während der vergangenen 12 Monate darzustellen, sondern auch, über zwei Jahrzehnte engagierte Arbeit im Dienste der Bürger nachzudenken.

In Ländern mit bundesstaatlicher Struktur kommt regionalen Ombudsleuten eine entscheidende Rolle bei der Sicherung der Rechte der Bürger sowie allgemein der Rechtsstaatlichkeit zu. Das Land Tirol kann zu Recht stolz sein auf die Einrichtung und die Entwicklung dieser wichtigen Institution über die Jahre.

Was mich selbst betrifft, sehe ich dem Siebten Seminar der regionalen Bürgerbeauftragten im Rahmen des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten, das im November 2010 in Innsbruck stattfinden wird, mit Freude entgegen. Dieses Seminar wird vom Tiroler Landesvolksanwalt und dem Europäischen Bürgerbeauftragten gemeinsam organisiert werden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Dr. Hauser und dem Land Tirol dafür bedanken, die Rolle des Gastgebers dieser wichtigen Veranstaltung übernommen zu haben. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit, um dieses Seminar zu einem Erfolg zu machen.

P. Nikiforos Diamandouros
Der Europäische Bürgerbeauftragte

Straßburg, im Jänner 2010

20 JAHRE LANDESVOLKSANWALT VON TIROL

Mit großer Freude konnten wir am 19. Juni 2009 im Großen Saal des Landhauses 1 das 20-jährige Bestandsjubiläum der Einrichtung des Landesvolksanwaltes von Tirol feiern. Zahlreiche Ehrengäste haben unserer Einladung dankenswerterweise Folge geleistet. Für die musikalische Umrahmung sorgten junge Künstler des Tiroler Landeskonservatoriums unter der Leitung ihres Lehrers Prof. Christos Kanettis.

Die Festrede „Regionaler Ombudsman und gute Verwaltung: Der Landesvolksanwalt im österreichischen Bundesstaat“ wurde von Frau Univ.-Prof. Dr.in Anna Gamper von der Universität Innsbruck gehalten.

Bei unserem Festakt durfte natürlich ein Rückblick auf „20 Jahre Landesvolksanwalt von Tirol“ nicht fehlen:

- 21. September 1988: der Tiroler Landtag beschließt die Tiroler Landesordnung 1989 (TLO).
- Artikel 59 TLO „**Landesvolksanwalt**“ – Verfassungsrechtliche Grundlage für den Landesvolksanwalt Abs. 2: „**Der Landesvolksanwalt hat jedermann auf Verlangen Rat zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen**“.
- Einer der „**geistigen Väter**“ – Klubobmann der ÖVP und späterer Landtagspräsident Prof. Ing. Helmut Mader.
- 24. Mai 1989 – Wahl von Dr. Helmuth Tschiderer zum ersten Landesvolksanwalt von Tirol.
- 01. Juni 1989 – Arbeitsaufnahme mit Team (zwei Juristen und eine Sekretärin).
- Amtsende: 30. Juni 1999.
- 05. Mai 1999: Wahl von Dr. Johannes Pezzei zum zweiten Landesvolksanwalt von Tirol.
- Amtsende – 28. Feber 2004.



- 17. März 2004 – Wahl von Dr. Josef Hauser zum dritten Landesvolksanwalt von Tirol.

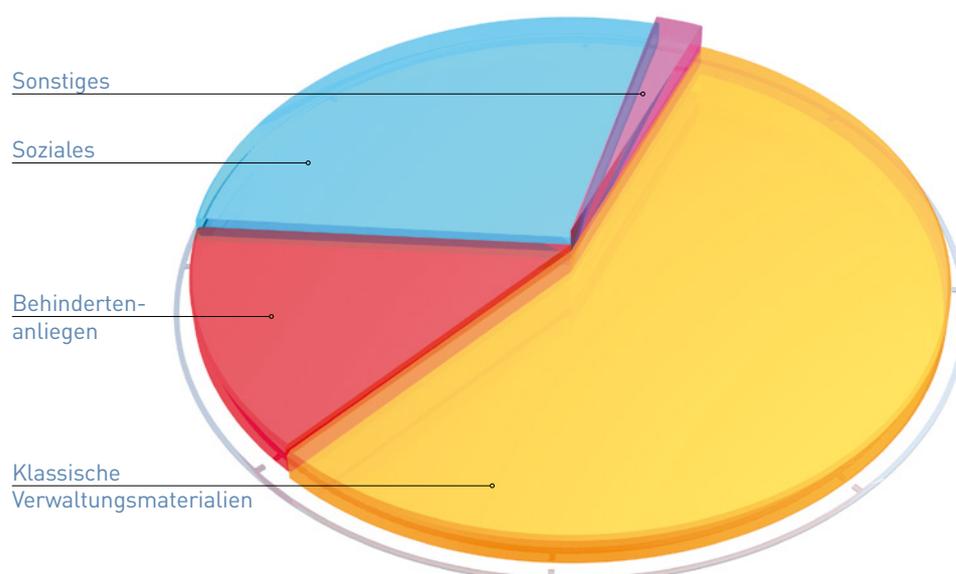


von links: Dr. Josef Hauser, LH Dr. Herwig van Staa, LTP Prof. Ing. Helmut Mader

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Einrichtung wächst: Waren 1990 noch 3.000 Kontakte zu verzeichnen, haben 2008 bereits über 5.800 Menschen aus Tirol mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen. Es war eine gute Entscheidung des

Tiroler Landtages den Landesvolksanwalt nicht nur für die Beschwerdeprüfung, sondern auch als Beratungsstelle einzurichten; beziehen sich doch rund 60 % der Kontakte auf eine Beratung und nur 40 % auf eine Beschwerde.

Tätigkeitsfelder:



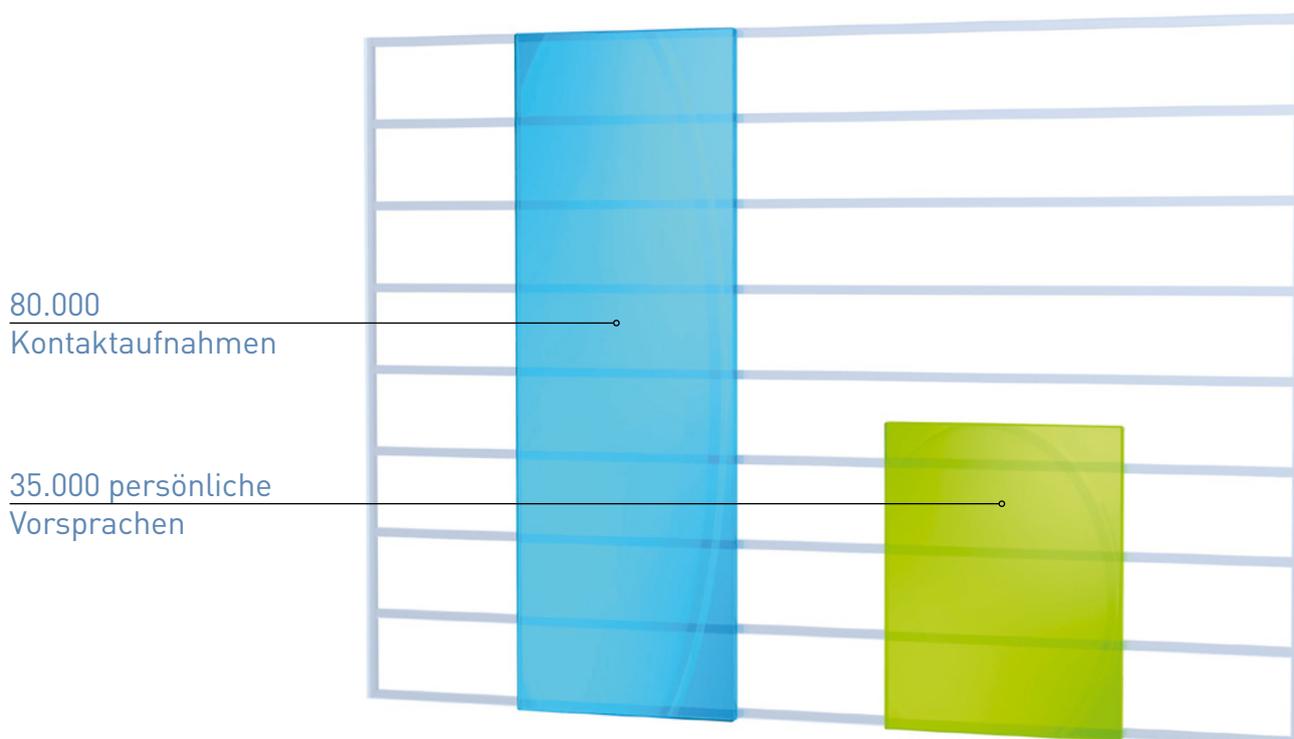
BEHINDERTENANSPRECHPARTNER

Mit Beschluss des Tiroler Landtages vom 07. Oktober 1999 wurde beim Landesvolksanwalt eine Behindertenansprechstelle eingerichtet. Dr. Christoph Wötzer wurde mit dieser wichtigen Funktion betraut. Die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Einrichtung wird durch die vorliegenden Zahlen über die Inanspruchnahme klar dokumentiert; so wurden anfänglich rund 200 Kontakte pro Jahr, im Berichtsjahr aber bereits 810 Kontakte gezählt (siehe dazu auch die graphische Darstellung auf Seite 24 des Jahresberichtes 2009).



Dr. Christoph Wötzer

Die Bilanz über 20 Jahre Landesvolksanwalt von Tirol:



Stets wurde großer Wert auf wertvollen Erfahrungsaustausch im Rahmen von nationalen und internationalen Kontakten gelegt:



Besuch Volksanwaltschaft in Wien 2007



Besuch Delegation aus Usbekistan 2006

Die Landtagspräsidenten, die hinter der Idee standen und stehen:

Komm.-Rat Dr. Carl Reissigl,
LT-Präsident vom
04. April 1989 bis 05. April 1994

Prof. Ing. Helmut Mader,
LT-Präsident vom
05. April 1994 bis 01. Juli 2008

DDr. Herwig van Staa,
LT-Präsident seit 01. Juli 2008



von links: DDr. Herwig van Staa, KR Dr. Carl Reissigl u.
Prof. Ing. Helmut Mader

Nachfolgend wird das von Frau Univ. Prof. Dr.in Anna Gamper im Rahmen des Festaktes gehaltene, viel beachtete Referat mit freundlicher Genehmigung der Autorin auszugsweise wiedergegeben:

Regionaler Ombudsman und gute Verwaltung: Der Landesvolksanwalt im österreichischen Bundesstaat

Anna Gamper

I. „Verteidiger der Bürger“, „Schützer des Volkes“, „Verwirklicher der Gerechtigkeit“, „Parlamentskommissär“, „Mediator“ oder „Bürgerbeauftragter“ sind verschiedene Namen, die sich in der europäischen Staatenwelt für jene Einrichtung finden lassen, die man generalisierend als „Ombudsman“ bezeichnet. Ombudsman – damit assoziiert man das Modell des Parlamentarischen Ombudsmans, das es seit 1809 in Schweden gibt. Dieses Modell hat allerdings weit ältere Wurzeln: Man vermutet sogar den Einfluss islamischer Rechtsschutztraditionen, die nach Europa gelangt sind und sich dort mit der Montesquieuschen Gewaltenteilungslehre, vor allem mit ihrer Vorstellung von der Gesetzgebung als der „ersten“ Gewalt im Staat, vermengt haben.

Das österreichische B-VG spricht nicht von „Ombudsman“, sondern bekanntlich von „Volksanwaltschaft“, weist dieser aber eine

Kernaufgabe jeder Ombudsman-Einrichtung zu, nämlich eine bürgernahe, unkomplizierte und kostenlose Form der „sanften“ Kontrolle über die Verwaltung.

Mittlerweile haben sich zu dieser Kernaufgabe jedes Ombudsmans andere Funktionen dazugesellt, die, von Staat zu Staat unterschiedlich, von der Mitwirkung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit bis zu Anfechtungsbefugnissen vor Gerichten öffentlichen Rechts reichen. Auch im österreichischen Fall gehören sowohl die Anfechtung von Verordnungen gem Art 148e B-VG als auch – seit der Bundes-Verfassungsnovelle I 2008/2 – die Möglichkeit, gem Art 148c B-VG Fristsetzungsanträge stellen und Maßnahmen der Dienstaufsicht in bestimmten Gerichtsverfahren anregen zu können, neben der klassischen „Empfehlung“ zum Instrumentarium des Ombudsmans. In verschiedenen Staaten Ost-, Süd- und Zentraleuropas erstreckt sich die Zuständigkeit des Ombudsmans sogar auf die Kontrolle der Implementierung internationaler Menschenrechtsabkommen und der Verwirklichung einer demokratischen Regierungsform schlechthin.

Auch wenn die verschiedenen Ombudsman-Einrichtungen in Europa und darüber hinaus organisatorisch und funktional durchaus unterschiedlich ausgestaltet sind und unter teilweise ganz unterschiedlichen Bedingungen der Formalverfassung wie der Verfassungswirklichkeit arbeiten, zeigt der Vergleich doch, dass die Institution als

solche mittlerweile zum Standardrepertoire eines europäischen Verfassungsstaates gehört. Dies zeigt sich nicht nur im Vorhandensein solcher Einrichtungen auf Ebene der Mitgliedsstaaten des Europarats und der EU, sondern auch auf europäischer Ebene selbst. Besonders bezeichnend ist dies im Fall der Europäischen Union, die ja im Art 195 EGV einen eigenen „Europäischen Bürgerbeauftragten“ eingerichtet hat, der von den Unionsbürgern im Falle von Missständen bei der Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, mit Ausnahme des Gerichtshofs der Europäischen Union in Ausübung seiner Rechtsprechungsbefugnisse, befasst werden kann.

Gerade das Vorhandensein des „Europäischen Bürgerbeauftragten“ zeigt auf, dass die Einrichtung eines Ombudsmans nicht auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt ist. Im europäischen Mehrebenensystem finden sich Ombudsleute aber nicht nur auf europäischer, sondern vor allem auch auf subnationaler Ebene: Es verwundert daher nicht, dass in allen europäischen Staaten, die als Bundesstaaten oder weitgehend dezentralisierte Regionalstaaten organisiert sind, auch die Institution des regionalen Ombudsmans anzutreffen ist. Auffällig ist dabei, dass in manchen Staaten, etwa in der Schweiz und Italien, in gewisser Weise auch Deutschland, diese Einrichtung nicht auf nationaler Ebene, sondern sogar nur auf subnationaler Ebene anzutreffen ist. Selbst

in zentralisierten Einheitsstaaten finden sich unter Umständen subnationale Ombudsmaneinrichtungen, etwa in extrem peripheren Lagen oder in Haupt- und Großstädten. Ich denke, es ist nur konsequent, dass dort, wo es eine gegliederte Verwaltung, wo es eine autonome Verwaltung gibt, auch entsprechend gegliederte Ombudsmanstrukturen vorhanden sind. Das entspricht einem Prinzip, das dem Ombudsmanwesen an sich inhärent ist, nämlich dem Prinzip der Bürgernähe, das natürlich auch mit einer gewissen räumlichen Nähe verbunden ist.

II. Die rechtliche Legitimation eines Landesvolksanwalts von Tirol ergibt sich aus den bundesverfassungsgesetzlichen Grundlagen, wonach den Ländern drei Optionen offen stehen: Erstens könnten die Länder überhaupt darauf verzichten, ihre Verwaltung irgendeiner ombudsmanförmigen Kontrolle zu unterwerfen. Diese Option hätte nach dem Ministerialentwurf vom Juli 2007 betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert und ein Erstes Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz erlassen wird, zu Lasten der Verfassungsautonomie der Länder beseitigt werden sollen, wurde dann aber in die Regierungsvorlage und in weiterer Folge die Bundesverfassungsnovelle BGBl I 2008/2 nicht übernommen.

Zweitens steht es den Ländern frei, die Volksanwaltschaft des Bundes durch Lan-

desverfassungsgesetz auch für den Bereich ihrer eigenen Verwaltung für zuständig zu erklären.

Drittens können die Länder für ihren Bereich auch durch Landesverfassungsgesetz Ombudsmaneinrichtungen schaffen: Art 148i Abs 2 B-VG ermächtigt dabei nicht eigentlich zur Schaffung eigener Landesvolksanwälte, sondern setzt diese – aus der allgemeinen Verfassungsautonomie der Länder gem Art 99 B-VG erfließende – Möglichkeit vielmehr voraus: Die Ermächtigung bezieht sich nur darauf, dass die Landesverfassung, sofern eine Einrichtung mit gleichartigen Aufgaben überhaupt geschaffen wurde, eine Anrufung des Verfassungsgerichtshofes gem Art 148 e und f B-VG vorsehen kann. Über diese beiden Befugnisse hinaus gilt jedoch im Ombudsmanwesen kein Homogenitätsprinzip, sodass man auch nicht annehmen kann, dass Bestimmungen über einen Landesvolksanwalt jedenfalls „gleichartig“ wie die Bestimmungen des B-VG über die Volksanwaltschaft des Bundes zu sein hätten.

Alle Länder nutzten ihre Verfassungsautonomie aktiv, indem sieben von ihnen die Volksanwaltschaft des Bundes auch für die Kontrolle ihrer jeweiligen Landesverwaltung zuständig erklärten, während zwei von ihnen, Tirol und Vorarlberg, einen Landesvolksanwalt schufen: Eine Einrichtung, die ihre Tätigkeit in Vorarlberg schon 1985 aufgenommen hat, während wir heute in Tirol das 20-jährige Bestehen der Landesvolksanwaltschaft fei-

ern. Im Grundsätzlichen sind sich daher alle Länder einig, eine volksanwaltschaftliche Kontrolle der Landesverwaltung zuzulassen. Selbst jedoch zwischen dem Vorarlberger und dem Tiroler Landesvolksanwalt finden sich nicht unbeträchtliche Unterschiede, obwohl sich beide Länder für einen monokratischen „Landesvolksanwalt“ entschieden und dieses Organ jeweils im Art 59 beider Landesverfassungen verankert ist: Am auffälligsten ist dabei sicherlich, dass in Tirol bisher kein Landesgesetz erlassen wurde, das Art 59 TLO näher ausführt – anders sowohl auf Bundesebene, wo ein eigenes Volksanwaltschaftsgesetz erlassen wurde, aber auch in Vorarlberg, wo ein Gesetz über den Landesvolksanwalt erlassen wurde.

Aber auch auf landesverfassungsrechtlicher Ebene selbst zeigt der Vergleich Unterschiede auf: Während im Vorarlberger wie Tiroler Fall die Amtsperiode auf sechs Jahre beschränkt ist, findet sich nur in der Vorarlberger Landesverfassung – wie auch im B-VG hinsichtlich der Volksanwaltschaft – ein expliziter Hinweis auf die Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl. Da eine Homogenität mE aber nicht geboten ist, steht es dem Tiroler Landesverfassungsgesetzgeber frei, hier auch eine andere Bestimmung zu treffen.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es auch hinsichtlich der Reichweite der Kontrollbefugnisse: Beide sind zuständig, Beschwerden hinsichtlich Missständen in der Verwaltung nachzugehen und auskunft-

suchenden Bürgern Rat zu erteilen. Nur der Vorarlberger Landesvolksanwalt ist aber – analog zur Volksanwaltschaft – befugt, Empfehlungen zu geben. In Vorarlberg nimmt der Landesvolksanwalt darüber hinaus ex constitutione auch Anregungen hinsichtlich der Gesetzgebung – nicht nur hinsichtlich der Verwaltung – des Landes entgegen. Während in Vorarlberg eine amtswegige Prüfung von Missständen wie im Falle der Volksanwaltschaft des Bundes vorgesehen ist, fehlt eine solche explizite Regelung im Tiroler Fall. Dasselbe gilt für die Befugnis, Verordnungen des Landes beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Bemerkenswert ist, dass neben die klassischen Funktionen des Volksanwalts mittlerweile auch andere Funktionen hinzutreten: So wurde in Umsetzung des EG-Antidiskriminierungsrechts in Vorarlberg der Landesvolksanwalt direkt als Antidiskriminierungsstelle eingesetzt, soweit es um Diskriminierungen in der Verwaltung des Landes sowie überhaupt um Diskriminierungen in anderen Bereichen als jenen geht, für die der Patientenanwalt als Antidiskriminierungsstelle zuständig ist. In Tirol hingegen wurde die spezielle Funktion eines Antidiskriminierungsbeauftragten geschaffen, der erforderlichenfalls mit dem Landesvolksanwalt zusammenzuarbeiten hat.

Der Tiroler Landesvolksanwalt hingegen ist nicht nur zuständig die Landesverwaltung zu kontrollieren; vielmehr ordnet die Landesverfassung auch eine durch den Lan-

desvolksanwalt auszuübende Kontrolle der mittelbaren Bundesverwaltung in Tirol an. Da die Kontrolle der mittelbaren Bundesverwaltung auch der Volksanwaltschaft des Bundes obliegt, kommt es hier also zu einer Doppelkontrolle, wie das etwa auch im Fall der Gebarungskontrolle durch Rechnungshof und Landesrechnungshöfe üblich ist.

Etwas unterschiedlich geartet ist aber auch die klassische Beschwerdemöglichkeit: Während die Vorarlberger Landesverfassung analog der Regelung auf Bundesverfassungsebene vorsieht, dass eine Beschwerde nur subsidiär erhoben werden kann, sofern ein anderes Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht, ist diese Subsidiarität nach der Tiroler Landesordnung nicht erforderlich, sondern es kann der Landesvolksanwalt auch im laufenden Verfahren angerufen werden.

Meines Erachtens zeigt gerade diese asymmetrische Gestaltung des Ombudsmanwesens durch die Länder, dass eine diesbezügliche Verfassungsautonomie sinnvoll ist. Föderalismus im Sinne seiner berüchtigten „Rank-Xerox-Variante“, wo Länder identische Regelungen bloß voneinander abschreiben, hat etwas Selbstzweckhaftes. Zeigt sich jedoch, dass die Länder durchaus die Gelegenheit zu unterschiedlicher Rechtsetzung ergreifen, kann das einen kreativen Wettbewerbsföderalismus auslösen, der letztlich Lösungen zutage fördert, die weit über uniforme Mindeststandards hinausgehen kön-

nen. Auch ist es im Bundesstaat weder Bund noch Ländern verboten, sich an anderswo Bewährtem ein Vorbild zu nehmen.

V. Anfang der Dreißigerjahre des vergangenen Jahrhunderts war zwischen den beiden großen Staatsrechtslehrern Hans Kelsen und Carl Schmitt die große Streitfrage entbrannt: „Wer soll der Hüter der Verfassung sein?“ Heute könnte man diese Frage umformulie-

ren: „Wer soll der Hüter der Verwaltung sein?“ Insbesondere: „Wer soll der Hüter der guten Landesverwaltung sein?“ Nicht der einzige, aber jedenfalls ein wichtiger Hüter der guten Landesverwaltung – und diesen Ehrentitel könnte man der langen Reihe an Eigennamen europäischer Ombudsmaneinrichtungen noch hinzusetzen – ist und wird hoffentlich noch über die nächsten 20 Jahre hinaus ein Landesvolksanwalt von Tirol sein.“



Doktorin Anna Gamper und LVA Dr. Josef Hauser

Schließlich hat uns gerade im Jubeljahr das vom renommierten Grazer Marktforschungsinstitut mResearch veröffentlichte Testergebnis, welches dem Landesvolksanwalt und seinen MitarbeiterInnen ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellt, außerordentlich gefreut:

Landhaus-Test: Der Volksanwalt mResearch (Grazer Marktforschungsinstitut):

... „Mitarbeiter glänzten mit Höchstbewertungen“.

... „Die Beratung war freundlich, sehr engagiert und lösungsorientiert. Und das selbst bei kniffligen Problemen“.

... „Das Ergebnis kann Josef Hauser, Chef dieser bürgernahen Einrichtung seit vier Jahren, mehr als zufriedenstellen“.

... „Die Landesvolksanwaltschaft zeigt mustergültig vor, wie man mit Menschen richtig umgeht“.

In den vergangenen 20 Jahren haben somit, wie bereits mehrfach erwähnt, rund 80.000 Menschen aus Tirol mit dem Landesvolksanwalt und seinen Mitarbeitern Kontakt aufgenommen; rund 35.000 persönliche Gespräche wurden geführt. In vielen Fällen konnten Problemlösungen gefunden wer-

den. Suchten die Vorsprechenden nur Hilfe in Form einer Beratung, konnte diese in kompetenter Weise gegeben werden.

Zukünftig geht es darum diese zweifellos schon sehr bekannte Rechtsschutzeinrichtung noch mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, damit jede Bürgerin und jeder Bürger in Tirol in die Lage versetzt wird, in verwaltungsrechtlichen Problemsituationen die Hilfe dieser bewährten Einrichtung in Anspruch zu nehmen.

Landhaus-Test: Der Volksanwalt

In der Reihe der Landhaus-Tests nahm das renommierte Grazer Marktforschungsinstitut mResearch im Auftrag der *Tiroler Woche* diesmal die Landesvolksanwaltschaft unter die Lupe. Die Mitarbeiter dieser Einrichtung glänzten mit Höchstbewertungen.

Der Landesvolksanwalt hat in den Angelegenheiten der Landesverwaltung und der mittelbaren Bundesverwaltung kostenlos jedermann auf Verlangen Rat zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen. So der Wortlaut über die Aufgaben des Landesvolksanwaltes auf der Homepage des Landes.

Die Abteilung der Volksanwaltschaft ist im Landhaus 1 im vierten Stock untergebracht, gut beschildert und auch behindertengerecht erreichbar.

Wieder schickte mResearch fünf Testpersonen im Zeitraum eines halben Jahres mit unterschiedlichsten Szenarien aus, um ein ausgewogenes Bild über die Arbeit der Landesvolksanwaltschaft zu bekommen. Lärmprobleme mit einem Veranstaltungsort bzw. mit Nachbarn wurden ebenso behandelt wie die rechtliche Situation betreffend eines Grundstückes oder die Notwendigkeit eines behindertengerechten Ausbaus einer Sozialwohnung durch die Gemeinde.

Das Ergebnis kann Josef Hauser, Chef dieser bürgernahen Einrichtung seit vier Jahren, mehr als zufrieden stellen. mResearch-

DIE LANDESVOLKSANWALTSCHAFT von Tirol brilliert mit Bestnoten. Die Mitarbeiter arbeiten freundlich und sehr engagiert. Foto: Walporth

DIE BEWERTUNG

Die Mitarbeiter des Amtes erhielten Bestnoten bei Kompetenz, Freundlichkeit und Engagement.

1. Außenbereich/Erreichbarkeit	1,2
2. Amt innen/Wartezimmer/-zeit	1,8
3. Sozialkompetenz Mitarbeiter	1,1
4. Problemlösungskompetenz MA	1,1

GESAMTNOTE TEST 1,3 😊
GESAMTNOTE MITARBEITER 1,1 😊

Abteilung Landesvolksanwalt
Eduard-Wallnöfer-Platz 3/4, Stock
6020 Innsbruck
Tel. 0512/508 3052

BEWERTUNG:
😊 = 1-1,5 😊 = 1,6-2,5 😊 = 2,6-5

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE
Kaum Kritik kommt von den Testern nur zum Wartebereich und dem Vorzimmer: Die Sitzgelegenheiten wurden als zu gering und die Raumbestimmung als wenig einladend empfunden. migs

m Research
Marktforschung Merchandising Consulting GmbH

1.1 TEAM UND BÜRO

In der Öffentlichkeit ist zumeist nur der Landesvolksanwalt selbst wahrzunehmen. Für die Rat und Hilfe suchenden Bürgerinnen und Bürger sind jedoch oft die Mitarbeiterinnen im Sekretariat sowie die juristischen Mitarbeiter die ersten Ansprechpartner. Ich habe das große Glück, mich wie bisher auf ein ausgezeichnetes und erfahrenes Team verlassen zu können.

Dem Team des Landesvolksanwaltes gehören seit dem Jahr 2004 unverändert fünf Juristen (einschließlich des Landesvolksanwaltes) sowie zwei Sekretärinnen (eine davon halbtägig beschäftigt) an. Mit diesem Team, verbunden mit großem Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, war es auch im Berichtsjahr wieder möglich, die gewünschten Auskünfte rasch zu erteilen und die große Anzahl der Anliegen in vertretbarer Zeit zu prüfen.

Die räumliche Situation der Büros des Landesvolksanwaltes im 4. Stock des Landhauses 1 hat sich im Berichtsjahr nicht verändert. Aufgrund der Anordnung des Liftes beim Haupteingang und direkt neben den Räumlichkeiten im 4. Stock erweist sich diese Lage auch als behindertengerecht.

Für den Landesvolksanwalt und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind diese Räumlichkeiten insofern vorteilhaft, als sämtliche Büros in einer Einheit nebeneinander angeordnet sind und dadurch viele Arbeitsabläufe erleichtert werden.

Grundsätzlich ist die Situierung des Landesvolksanwaltes im Landhaus 1 und damit in den zentralen Räumlichkeiten der Landesverwaltung ideal. Nun wurde aber noch im Herbst 2009 beschlossen, im direkt gegenüber dem Landhaus 1 situierten sogenannten Fohringerhaus ein „Haus der Anwälte“ zu schaffen, um sämtliche Anwaltschaften des Landes Tirol zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger unter einem Dach unterzubringen. Dementsprechend wird auch der Landesvolksanwalt im Laufe des Jahres 2010 in die Meranerstraße übersiedeln. Aufgrund der Lage unmittelbar gegenüber dem Landhaus 1 bleiben sämtliche Vorteile der raschen Erreichbarkeit und des persönlichen Kontaktes einerseits mit den Einrichtungen des Tiroler Landtages und andererseits mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung bei allfälligen Rückfragen gewahrt.

Einer Tradition folgend nehme ich gerne den Jahresbericht als Gelegenheit wahr, Ihnen das Team des Landesvolksanwaltes vorzustellen.



von links: Dr. Josef Siegele, Dr. Harald Kefer, Patricia Schatz, Mag. Gerhard Wagenhofer, LVA Dr. Josef Hauser, Dr. Christoph Wötzer, Sonja Praxmarer

1.2 DIE LANDESVERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGE



Landesgesetzblatt für Tirol

Jahrgang 1988

Herausgegeben und versendet am 9. Dezember 1988

28. Stück

61. Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989)

61. Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989)

Artikel 59 Landesvolksanwalt

(1) Zur Besorgung der im Abs. 2 angeführten Aufgaben ist der Landesvolksanwalt berufen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in den Angelegenheiten der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der dem Landeshauptmann übertragenen Verwaltung von Bundesvermögen jedermann auf Verlangen Rat zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen. Der Landesvolksanwalt hat jede Beschwerde unverzüglich zu prüfen und, sofern er sie nicht selbst durch Aufklärung des Beschwerdeführers erledigen kann, bei der zuständigen Stelle auf Aufklärung oder Abhilfe hinzuwirken und das Ergebnis seiner Maßnahmen dem Beschwerdeführer ehestmöglich mitzuteilen. Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist ein Organ des Landtages. Er untersteht unmittelbar dem Landtag, ist nur diesem verantwortlich und von der Landesregierung unabhängig.

(4) Der Landesvolksanwalt hat seinen Sitz in Innsbruck. Er kann, soweit dies zur Besorgung seiner Aufgaben zweckmäßig ist, außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtage abhalten.

(5) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag auf Vorschlag des Landtagspräsidenten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Zum Landesvolksanwalt darf

nur eine Person gewählt werden, die persönlich und fachlich geeignet ist.

Der Landesvolksanwalt darf weder der Bundesregierung oder der Landesregierung noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören.

(6) Der Landtag hat auf Vorschlag des Landtagspräsidenten den Landesvolksanwalt vor dem Ablauf seiner Amtsdauer nach Abs. 5 erster Satz abzurufen, wenn er die Voraussetzungen nach Abs. 5 zweiter und dritter Satz nicht mehr erfüllt.

(7) Die Landesregierung hat die für die Besorgung der Aufgaben des Landesvolksanwaltes erforderlichen Sach- und Geldmittel sowie die aus dem Stellenplan sich ergebende Anzahl von Landesbediensteten für den Landesvolksanwalt nach Anhören des Landtagspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

(8) Der Landesvolksanwalt ist Vorgesetzter der bei ihm verwendeten Bediensteten. Er ist befugt, diesen Weisungen zu erteilen.

(9) Alle Organe des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt bei der Besorgung seiner Aufgaben zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Gegenüber dem Landesvolksanwalt besteht die Amtsverschwiegenheit nicht. Der Landesvolksanwalt unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er bei der Besorgung seiner Aufgaben herangetreten ist.

1.3 STATISTISCHE ÜBERSICHT

1.3.1 ALLGEMEINES

Unser Land weist mit seinen 12.648 km² Ende 2009 eine Einwohnerzahl von 706.724 auf. Das Land Tirol besteht derzeit aus 279 Gemeinden, davon 11 Städte, und ist in 9 Verwaltungsbezirke eingeteilt.

1.3.2 INANSPRUCHNAHME

Im Berichtsjahr wurde der Landesvolksanwalt mit seinen juristischen Mitarbeitern von 5.488 Personen beratungs- und beschwerdemäßig in Anspruch genommen. Diese Zahl bezieht sich auf 2.146 persönliche Vorsprachen, 2.899 telefonische Erledigungen sowie 443 neue schriftliche Eingaben. Eine geschlechtsspezifische Auswertung der vorliegenden Statistik ergibt, dass im Berichtsjahr 2.585 Bürgerinnen (47 %) und 2.903 Bürger (53 %) mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen haben.

Analysierend kann festgestellt werden, dass erstmals seit Jahren im Berichtsjahr die Anzahl der Kontakte leicht abgenommen hat. In Prozentziffern ausgedrückt wurde im Berichtsjahr 2009 in 53 % der Fälle telefonisch, in 39 % der Fälle persönlich und in 8 % der Fälle schriftlich mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen.

Dazu darf angemerkt werden, dass die Anzahl der persönlichen Gespräche mit 39 % der Gesamtkontakte im Vergleich mit ähnlichen

Ombudseinrichtungen in Europa übermäßig hoch ist, woraus sich einerseits der Schluss ableiten lässt, dass es den Bürgerinnen und Bürgern in Tirol ein besonderes Bedürfnis ist, Probleme im Rahmen eines Gespräches zu erörtern, und andererseits sich das Team des Landesvolksanwaltes durch hohe fachliche und menschliche Kompetenz auszeichnet.

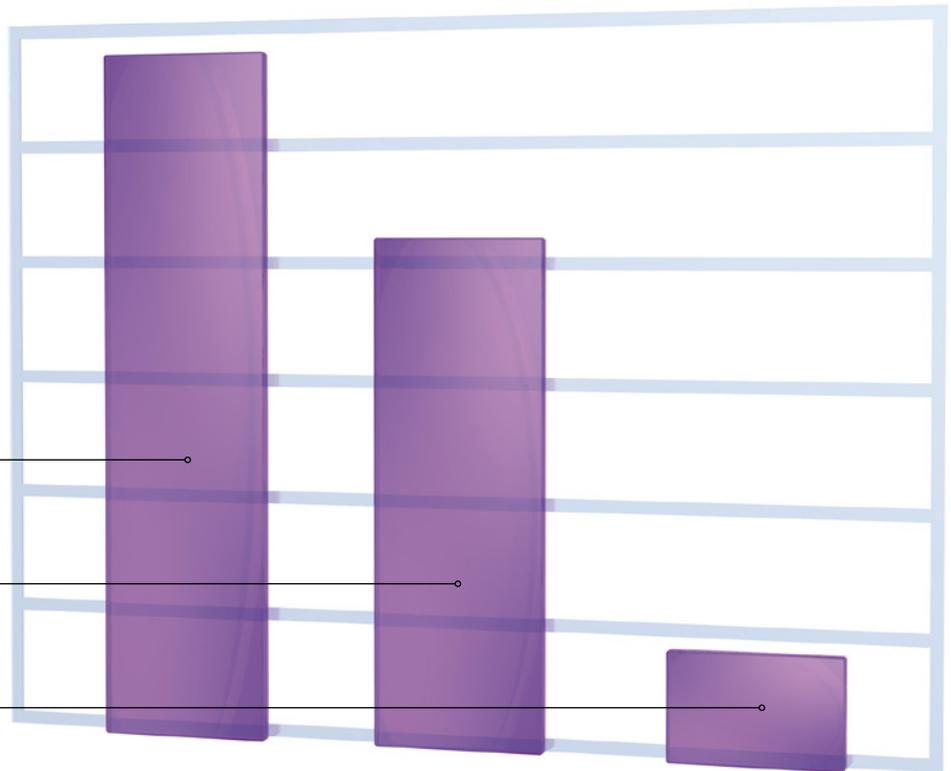
Insgesamt war somit im Berichtsjahr – wie bereits erwähnt – ein leichter Rückgang der Gesamtkontakte zu verzeichnen. Im Vergleich mit dem Vorjahr hat die Inanspruchnahme um rund 5 % abgenommen. Dies ist im Hinblick auf die teilweise überdurchschnittlichen Steigerungen der Vorjahre nicht weiter verwunderlich. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Anzahl der Gesamtkontakte leicht abgenommen hat jedoch insofern, als ein aufgrund der Wirtschaftskrise prognostizierter weiterer Anstieg der Kontakte nicht eingetreten ist. Das lässt sich eventuell auch damit erklären, dass nach Expertenmeinungen für Teile der Bevölkerung die Krise in finanzieller Hinsicht bisher kaum Nachteile mit sich gebracht habe, zumal der Heizölpreis, die Treibstoffpreise und insbesondere auch die Kreditzinsen im Berichtsjahr deutlich niedriger seien als im Vorjahr. Gänzlich anders ist die Situation natürlich im Falle des Verlustes des Arbeitsplatzes oder längerer Kurzarbeit. Die weitere Entwicklung wird abzuwarten sein.

Darstellung nach Art der Inanspruchnahme:

Telefonisch 2.899

Persönlich 2.146

Schriftlich 443



Inanspruchnahme im Verhältnis zum Vorjahr:

Telefonisch 2.957

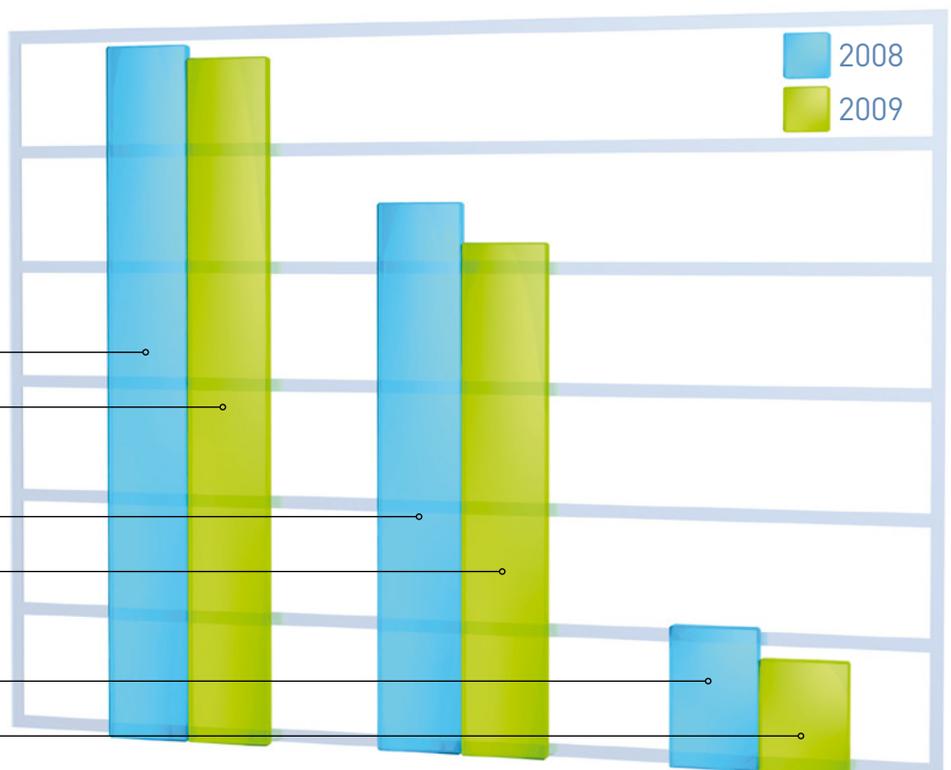
Telefonisch 2.899

Persönlich 2.335

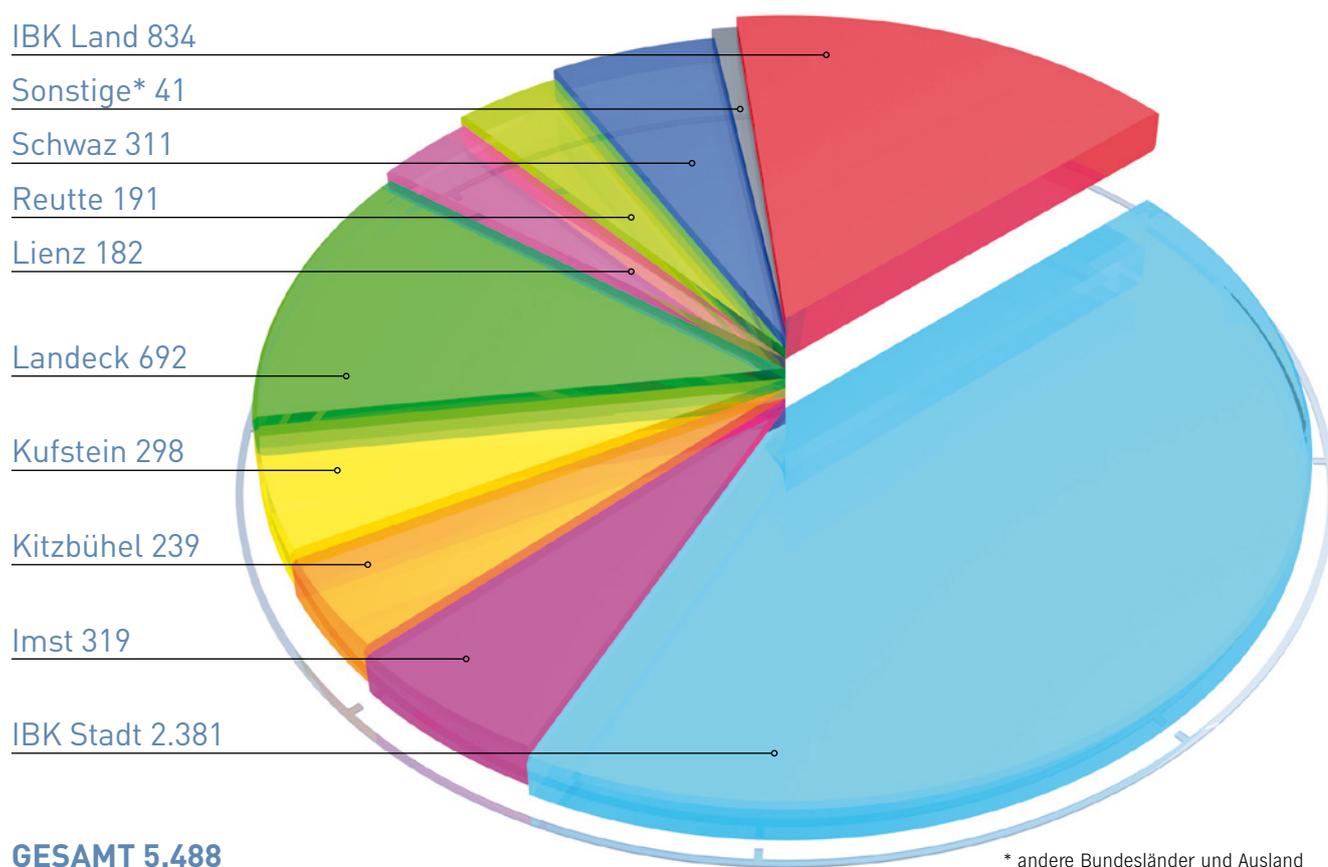
Persönlich 2.146

Schriftlich 510

Schriftlich 443



Aufteilung der Beratungs- und Beschwerdefälle auf die einzelnen Bezirke



Die Frequenz der Inanspruchnahme in der Stadt Innsbruck war immer schon überdurchschnittlich hoch, was sich zweifellos in erster Linie mit dem Sitz des Landesvolksanwaltes in Innsbruck erklären lässt.

Was nun die auffallend hohe Zahl der Kontakte aus dem Bezirk Landeck betrifft, ist dies nicht etwa im dortigen Verwaltungsvollzug begründet, sondern vielmehr in der Tatsache, dass ein juristischer Mitarbeiter und der

Landesvolksanwalt selbst den Wohnsitz im Bezirk Landeck haben, was die bereits öfters getroffene Feststellung untermauert, dass zwischen Bekanntheitsgrad und Zugang zum Landesvolksanwalt ganz allgemein ein direkter Zusammenhang besteht. Auch beziehen sich die aus dem Bezirk Landeck vorgebrachten Anliegen und Anfragen überwiegend auf die beratende Tätigkeit des Landesvolksanwaltes.

1.3.3 AUFTEILUNG DER BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLE NACH MATERIEEN

Die Inanspruchnahme des Landesvolksanwaltes bezieht sich frequenzmäßig auf folgende ausgesuchte Rechtsbereiche:

Abgabewesen, Landesabgabenordnung	62
Agrarrecht, Forst, Jagd und Fischerei	140
Baurecht und Raumordnung	706
Behindertenanliegen	810
Dienstrecht	41
Finanzrecht – Bund	28
Förderungswesen, allgemein	43
Fremdenrecht	67
Gemeinderecht, allgemein	140
Gewerberecht, Betriebsanlagen	125
Grundverkehr	44
Jugendwohlfahrt	87
Klinikangelegenheiten, Krankenanstaltengesetz	14
Kraftfahrrecht, Straßenverkehrsordnung, Führerscheinggesetz	140
Landespolizeigesetz	35
Pensionsrecht, ASVG	196
Privatrecht und Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit	539
Schulwesen	80
Sicherheitswesen	56
Sonstiges	108
Sozialrecht	1.483
Staatsbürgerschaft, Personenstandsangelegenheiten	21
Straßenrecht	92
Tourismus, Sportwesen	11
Umweltschutz, Naturschutz	76
Verwaltungsverfahrensgesetze	111
Wasserrecht	86
Wohnbauförderung	147
Summe	5.488

Diese Statistik gibt in erster Linie darüber Aufschluss, in welchen Bereichen Bürgerinnen und Bürger insbesondere Beratung in Anspruch nehmen oder sich beschwert fühlen. Naturgemäß bilden jene Bereiche der Verwaltung den größten Anteil der Beratungs- und Beschwerdefälle, die im alltäglichen Leben die meisten Berührungspunkte aufweisen: Sozial- und Behindertenrecht, Baurecht und Raumordnung, Wohnbauförderung, Führerscheingesetz, Straßenverkehrsordnung und Straßenrecht allgemein, Gewerberecht sowie Gemeindeangelegenheiten.

Auch im abgelaufenen Jahr haben, so wie in den vergangenen Jahren, viele Bürgerinnen und Bürger in Angelegenheiten des Privatrechtes und der Gerichtsbarkeit beim Landesvolksanwalt Rat gesucht. Allerdings war, so

wie bereits im Vorjahr, ein weiter rückläufiger Trend zu beobachten, was zweifellos auf die neu eingerichtete Ombudsstelle bei Gericht zurückzuführen ist.

Mit November 2007 wurde nämlich bei jedem Oberlandesgericht eine Justiz-Ombudsstelle mit einer ähnlichen Funktion, wie sie die Volksanwaltschaft in der Verwaltung hat, nämlich der Prüfung von Beschwerden über die Gerichtsbarkeit, eingerichtet. Dieser Schritt in die richtige Richtung wird unter Hinweis auf den zweifellos bestehenden Bedarf ausdrücklich begrüßt, zumal eine diesbezügliche Notwendigkeit in den letzten Jahresberichten mehrmals aufgezeigt wurde. Allerdings wäre die gesetzliche Verankerung dieser Ombudsstelle und nach unserer Erfahrung deren personelle Verstärkung wünschenswert.

1.3.4 ERLEDIGUNG VON AKTENMÄSSIGEN BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLEN

1. Am 01. 01. 2009 übernommene Akten	136
2. Im Berichtszeitraum neu hinzugekommene Fälle	443
3. Erledigte Fälle	454
4. Am 31. 12. 2009 noch in Bearbeitung befindliche Fälle	125

1.4 ERREICHBARKEIT

Die Anliegen können schriftlich, telefonisch oder mündlich an den Landesvolksanwalt herangetragen werden.

Hingewiesen wird auf das über unsere Homepage (siehe unten angeführte Internetadresse) zur Verfügung stehende Online-Formular für Anfragen und Beschwerden.

Landesvolksanwalt

6020 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz 3

Telefon: 0512/508-3052

0810/006200 zum Ortstarif

Telefax: 0512/508-3055

E-Mail: landesvolksanwalt@tirol.gv.at

www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt

Die Möglichkeit, den Landesvolksanwalt mittels der Servicenummer 0810/006200 zum Ortstarif in Anspruch zu nehmen, besteht weiterhin. Hievon wird – nicht nur als Möglichkeit der Anmeldung zu den Sprechtagen, sondern ganz allgemein – in vermehrtem Ausmaß Gebrauch gemacht.

ABENDSERVICE:

Neben den üblichen Amtsstunden für den Parteienverkehr (Montag bis Donnerstag 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr, sowie am Freitag von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr) ist der Landesvolksanwalt nach Anmeldung von Montag bis Donnerstag auch abends erreichbar. Damit soll insbesondere berufstätigen Bürgerinnen und Bürgern oder Eltern von Kleinkindern eine zusätzliche Vorgesprachemöglichkeit geboten werden.

1.5 SPRECHTAGE

Die Tiroler Landesordnung 1989 sieht vor, dass der Landesvolksanwalt seinen Sitz in Innsbruck hat. Er kann außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtage abhalten, wenn dies zur Besorgung der Aufgaben zweckmäßig ist. Sprechtage in den Bezirken bieten Bürgerinnen und Bürgern Tirols die Möglichkeit, ihre Anliegen persönlich dem Landesvolksanwalt vorzutragen, ohne deswegen die zum Teil oft zeitaufwendige Anreise nach Innsbruck in Kauf nehmen zu müssen. Im Interesse der Bürgernähe kommt den Sprechtagen des-

halb ein hoher Stellenwert zu.

Aus diesem Grund werden zweimal jährlich, im Frühjahr und Herbst, vom Landesvolksanwalt persönlich in den Bezirkshauptmannschaften und größeren Gemeinden außerhalb von Innsbruck Sprechtage abgehalten. Diese Sprechtage werden in der Landeszeitung, in Rundfunk und Presse, im Internet sowie mittels Plakaten in den Gemeinden entsprechend angekündigt.

SPRECHTAGE DES LANDESVOLKSANWALTES DR. JOSEF HAUSER

Bezirkshauptmannschaft Landeck	Dienstag, 03. November 2009
Bezirkshauptmannschaft Imst	Mittwoch, 04. November 2009
Bezirkshauptmannschaft Reutte	Donnerstag, 05. November 2009
Bezirkshauptmannschaft Schwaz	Freitag, 06. November 2009
Bezirkshauptmannschaft Kufstein	Montag, 09. November 2009
Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel	Dienstag, 10. November 2009
Bezirkshauptmannschaft Lienz	Mittwoch, 11. November 2009

Beginn jeweils 9.00 Uhr, Anmeldungen persönlich oder telefonisch an den Landesvolksanwalt von Tirol, Innsbruck – Landhaus 1 · Telefon: 0810/006200 zum Ortstarif, Fax 0512/508-3055.

Wir sind auch für Anliegen von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zuständig.

Besonders erfreulich ist, dass die Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden die Sprechstage des Landesvolksanwaltes wie bisher organisatorisch ausgezeichnet unter-

stützen und sie auch im Rahmen der amtlichen Verlautbarungen den Bewohnerinnen und Bewohnern ihres Bezirkes entsprechend kundmachen.

SPRECHTAGE DES LANDESVOLKSANWALTES DR. JOSEF HAUSER

JENBACH	Montag, 14. September 2009, 14.30 Uhr im Postamt im 3. Stock
LANDECK	Dienstag, 15. September 2009, 09.00 Uhr
TELFS	Dienstag, 15. September 2009, 14.30 Uhr
REUTTE	Mittwoch, 16. September 2009, 09.00 Uhr
IMST	Mittwoch, 16. September 2009, 14.30 Uhr
WÖRGL	Montag, 21. September 2009, 09.00 Uhr
KUFSTEIN	Montag, 21. September 2009, 14.30 Uhr
ST. JOHANN I.T.	Dienstag, 22. September 2009, 09.00 Uhr
MATREI I.O.	Dienstag, 22. September 2009, 15.00 Uhr
SILLIAN	Mittwoch, 23. September 2009, 09.00 Uhr

im jeweiligen Gemeindeamt Landesvolksanwalt von Tirol, Innsbruck – Landhaus 1.

Anmeldungen unter Telefon 0810/006200 zum Ortstarif.

Wir sind auch für Anliegen von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zuständig.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 26 Sprechtage außerhalb von Innsbruck abgehalten. Die Sprechtage wurden von 243 Personen in Anspruch genommen, somit pro Sprechtag von durchschnittlich neun Personen. Damit ist die Anzahl der bei den Sprechtagen Vorsprechenden gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Insgesamt ist aber zu beobachten, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger das über unsere Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular verwenden und des Öfteren nicht der nächste Sprechtag abgewartet, sondern sogleich das Büro des Landesvolksanwaltes und seiner Mitarbeiter in Innsbruck aufgesucht wird.

An den Sprechtagen kamen die unterschiedlichsten Themen zur Sprache:

So waren der Vollzug der Tiroler Bauordnung und Fragen zur Raumordnung bzw. Probleme bei geplanten Widmungen Themenschwerpunkte. Eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern berichtete über Probleme betreffend störende Immissionen durch Staub, Lärm und Geruch. Diese Immissionen betrafen neben gewerblichen Betrieben auch landwirtschaftliche Anwesen und Sportanlagen. Darüber hinaus berührten die Bürgerinnen und

Bürger vor allem Fragen im Zusammenhang mit öffentlichen Straßen und Wegen sowie verschiedenste Problembereiche des Sozialrechts und verstärkt des Förderungswesens.

Wiederum resultierten zahlreiche Vorbringen aus dem Privatrecht. Die von meinen Vorgängern mit dem Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer eingeführte Regelung, aus diesem Bereich Vorsprechende an einen vom Präsidenten namhaft gemachten, in der jeweiligen Bezirkshauptstadt ansässigen, Rechtsanwalt zur kostenlosen Beratung weiterleiten zu dürfen, stellt eine wertvolle Bereicherung der Sprechtage dar. Vorsprechende mit überwiegend im Zivilrecht verankerten Problemen können durch diese Regelung sogleich eine kompetente Beratung erhalten. Diese kostenlose Beratung hat sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil des angebotenen Services entwickelt, wofür der Landesvolksanwalt dem Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer in seinem wie im Namen der gesamten Tiroler Bevölkerung dankt.

1.6 10 JAHRE BEHINDERTENANSPRECHPARTNER

1.6.1. ALLGEMEINES

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1999 beschlossen, beim Landesvolksanwalt eine zentrale Ansprechstelle zur „Information Rat und Recht suchender Bürgerinnen und Bürger“ in Behindertenangelegenheiten einzurichten. Entsprechend dem in der Plenumsdebatte erstellten Anforderungsprofil wurde Dr. Christoph Wötzer im Einvernehmen mit dem Landtagspräsidenten mit diesem Aufgabenfeld betraut.

Die Bundesverfassung sieht keinen Kompetenztatbestand „Behindertenhilfe“ vor, weshalb die Rechtslage auf diesem Gebiet durch große Zersplittung und Unübersichtlichkeit gekennzeichnet ist. Diese Tätigkeit erfordert deshalb umfassende Rechtskenntnisse und Erfahrung im Behindertenbereich.

Die Arbeitsfelder umfassen

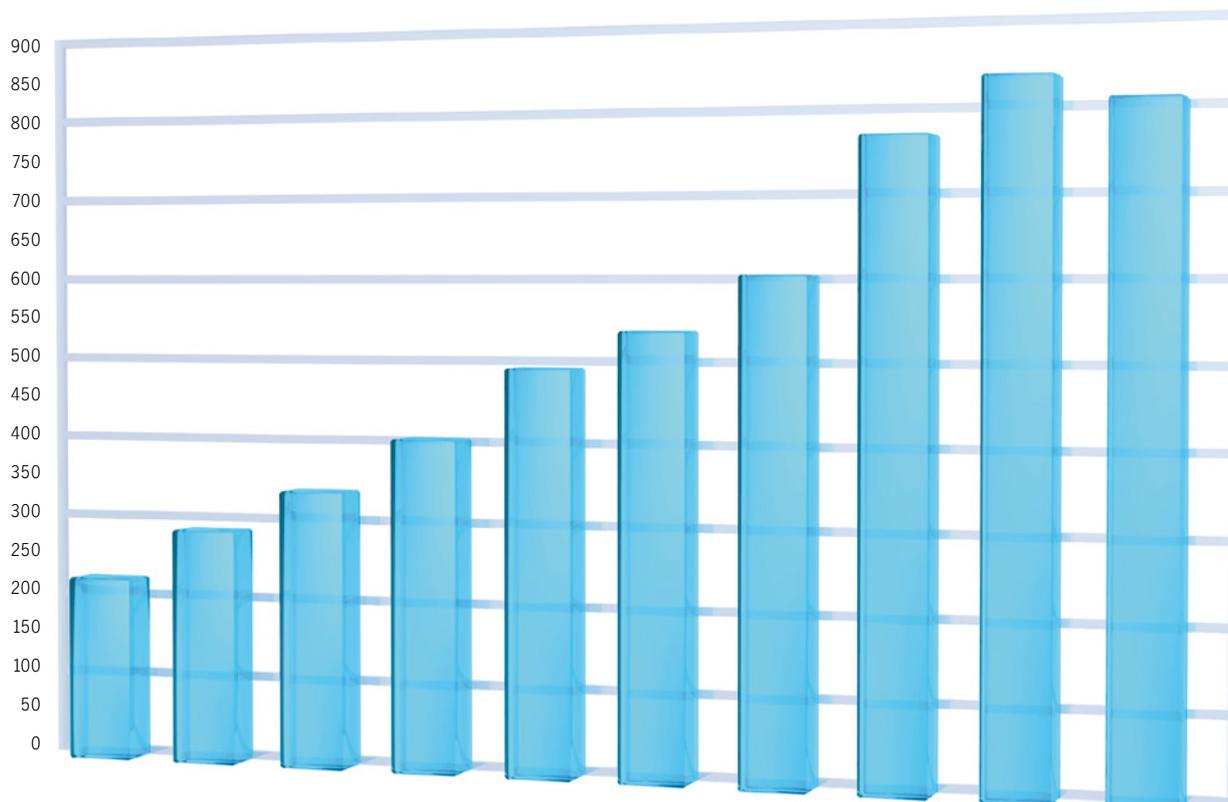
- Beratung der Vorsprechenden.
- Weitervermittlung der Betroffenen an Facheinrichtungen.
- Besuche von Fachtagungen, Arbeitssitzungen und Veranstaltungen sowie
- Erarbeitung von Informationsmaterial im Behindertenbereich.

Arbeitsschwerpunkte in der Alltagsarbeit sind

- Auskünfte zu Pflegegeldverfahren.
- Fragen zur Versorgung von pflegebedürftigen Personen (stationäre und häusliche Versorgung samt Kostenfragen).
- Beratung zu finanziellen Hilfen von behinderten Menschen
 - ⇒ zum Ankauf von Hilfsmitteln wie z.B. Badelifter.
 - ⇒ zur Finanzierung von Rehabilitationsmaßnahmen wie z.B. Therapien.
 - ⇒ zu Urlaubskosten wie z.B. zur Entlastung der pflegenden Angehörigen.
- Rechtliche Beratung behinderter Menschen und deren Angehörige.

Im Jahre 2009 haben 810 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörige vorgesprochen und rechtliche Auskünfte sowie Hilfeleistungen im Umgang mit Problemen erhalten. Manchmal diente die Kontaktaufnahme allein dem Zweck der Aussprache.

Frequenz:



Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Parteien	224	286	334	389	487	536	613	769	826	810

Die Anzahl der Kontaktaufnahmen ist im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um knapp 2 % zurückgegangen. Die Gründe dafür waren:

- Zurücknahme von deutlichen Reduzierungen in den Bereichen Therapie- und Betreuungsstunden und hinsichtlich der Erhöhung der Selbstbehalte für Empfänger von Rehabilitationsmaßnahmen

- Bemühungen, weitere Härtefälle zu vermeiden und die Verfahrensdauer vom Antrag bis zur Entscheidung zu verkürzen.

Für diese Bemühungen sei der Verwaltung und dem politischen Referenten für seine tatkräftige Unterstützung gedankt.

1.6.2. 10 JAHRE BEHINDERTEN- ANSPRECHPARTNER – EIN RÜCKBLICK

Die Einrichtung des Behindertenansprechpartners wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. In den 10 Jahren seines Bestehens haben 5.239 Menschen mit Behinderung bzw. ihre Angehörigen vorgeprochen.

Informationsmaterial im Behindertenbereich

Bemühungen, über die Alltagsarbeit hinaus zu wirken, betrafen die

- Erstellung einer Broschüre über Beratungsstellen und Einrichtungen im Behindertenbereich als umfassende Information für Behinderte, deren Angehörige aber auch für Beschäftigte in Behinderteneinrichtungen samt Neuauflagen.
- Erarbeitung eines „Eigenbeurteilungsbogen“ zum Pflegegeld, anhand dessen eine Eigenbeurteilung der subjektiv notwendigen Pflegeleistungen ersichtlich ist, in welcher Höhe ungefähr die Einstufung des Pflegegeldes zu erfolgen hat. Damit sind die Entscheidungen der Pensionsversicherungsanstalten (beim Bundespflegegeld) bzw. des Landes Tirol (beim Landespflegegeld) leichter nachvollziehbar.

- Ausarbeitung eines Musters für eine Klage an das Landesgericht als Arbeits- und Sozialgericht gegen Entscheidungen im Pflegegeldverfahren, um diese überprüfen lassen zu können.
- Ausführungen zum Thema Sachwaltschaft (Grenzen und Möglichkeiten).

Diese Unterlagen können kostenlos unter Tel.: 0512/508-3053 angefordert werden.

Behindertengerechtes Bauen

Soweit zeitlich möglich erfolgten weiters Bemühungen zum Bereich behindertengerechtes Bauen. Darunter fielen:

- Ortsaugenscheine mit einem Rollstuhlfahrer in den großen Einkaufszentren mit darauf folgenden Verbesserungsvorschlägen zu den Bereichen behindertengerechter Zugang, Neugestaltung der Toiletten und behindertengerechte Parkplätze.
- laufende Kontrollen, ob im Zuge der damaligen Umbaumaßnahmen in der Universitätsklinik Behindertenparkplätze erhalten bleiben.
- Besichtigung eines neu sanierten Gymnasiums in Innsbruck mit einem technischen Sachverständigen mit darauf folgenden Verbesserungsvorschlägen hinsichtlich barrierefreien Zuganges und der Sanitäreinrichtungen.

Meinungsbildende Maßnahmen

In anderen Bereichen konnte meinungsbildend gewirkt werden:

- Die Geschäftsleitungen der großen Einkaufszentren achten verstärkt auf die widmungsgemäße Verwendung der Behindertenparkplätze.
- Die Wirtschaftskammer Tirol wirkt über unser Ersuchen bei den Fahrschulen selbst meinungsbildend, um die Prüflinge verstärkt darauf hinzuweisen, Behindertenparkplätze bei Nichtvorliegen einer Behinderung im Sinne der Straßenverkehrsordnung nicht zu benützen.
- Das Landespolizeikommando setzt Bemühungen, um Exekutivorgane zu einer verstärkten Prüfung im Stadtgebiet anzuleiten, ob Behindertenparkplätze auch tatsächlich widmungsgemäß verwendet werden.

Gesetzliche Maßnahmen

Es ist in den vergangenen 10 Jahren viel passiert und wichtige Problembereiche konnten erfolgreich gelöst oder entschärft werden. Erfreulich war dabei, dass wir helfen konnten, wichtige legislative Maßnahmen mit Diskussionen, Anregungen und Empfehlungen zu unterstützen. Dazu gehören:

- Tiroler Heimgesetz 2005 mit Klärung der Rechtsverhältnisse zwischen Heim

und Heimbewohner und verpflichtender Ausarbeitung eines Bedarfs- und Entwicklungsplanes (Überlegungen zur Entwicklung des stationären Alten- und Pflegeheimbereiches) durch die Fachabteilung im Landhaus.

- Änderungen im Tiroler Pflegegeldgesetz, zuletzt geändert mit LGBl. 4/2009.
 - ⇒ Pflegegeld für behinderte Kinder ab der Geburt.
 - ⇒ Erschwerniszuschlag für besondere Intensität der Pflege und Betreuung.
 - ⇒ Verbindliche Pauschalwerte (Erschwerniszuschläge) zur Abgeltung des Mehraufwandes für unter anderem Pflegebedürftige mit einer schweren geistigen oder schweren psychischen Behinderung, insbesondere mit einer demenziellen Erkrankung.
 - ⇒ Verbesserte bedarfsorientierte Einstufungsrichtlinien für behinderte Kinder.
 - ⇒ Berücksichtigung des erhöhten Betreuungsaufwandes zur Verhinderung ernsthafter körperlicher Gefahr (z.B. bei autistischen Kindern) mit der Folge einer Pflegegeldeinstufung im Regelfall um eine Pflegestufe höher.
- Kostenloses Pflegetelefon für Betroffene und deren Angehörige.
- Sonderförderungsmöglichkeiten für behindertengerechtes Bauen.

Häusliche Pflege und Versorgung

Ein besonderes Anliegen war und ist dem Behindertenansprechpartner der häusliche Bereich und hier die Unterstützung der pflegenden Angehörigen.

Erfreulich zu diesem Bereich waren:

- Verbesserungen zu den Kostenbeiträgen zur häuslichen Pflege und Betreuung.
- Beschlüsse der Landesregierung im Jahre 2008 zur finanziellen Förderung stationärer und mobiler Kurzzeitbetreuung/pflege für alte, pflegebedürftige Personen sowie für Menschen mit Behinderung.

Die Regionalisierung der Behindertenarbeit in die Bezirksverwaltungsbehörden soll Rehabilitationsverfahren beschleunigen und treffsicherer machen.

1.6.3. ES IST NOCH VIEL ZU TUN

Abschließend dürfen die in den letzten Jahresberichten erwähnten Anregungen schwerpunktmäßig in Erinnerung gerufen werden:

Zusammenarbeit ambulanter Strukturen mit Behindertenfacheinrichtungen

Der überwiegende Teil der Behindertenarbeit wird ambulant geleistet. Große Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung und Kostenersparnis sieht daher der Behindertenansprechpartner in gezielten Überlegungen für eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen (flächendeckenden) ambulanten Strukturen (z.B. Sozial- und Gesundheitssprengeln) und Behinderteneinrichtungen zur gegenseitigen Ergänzung und Nutzung. Dies betrifft die Erweiterung der Angebotspalette für Menschen mit Behinderungen ebenso wie die räumliche und personelle Struktur.

Bedarf an Diensten zur Entlastung pflegender Angehörige

Rund 80 % der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen werden im Familienverband betreut. Der Großteil der pflegenden Angehörigen braucht dringend Unterstützung. Hier ist in der Vergangenheit viel passiert. Deutlich auszubauen sind aber noch ambulante Therapieleistungen (Physio- und Ergotherapie sowie Logopädie) ebenso wie Beratungshilfen und Schulungen als stützende Begleitung zu den Pflegetätigkeiten. Das erfolgreiche Projekt in Osttirol zur Unterstützung pflegender Angehöriger hat gezeigt, dass die flächendeckenden Sozial- und Gesundheitssprengel geeignete Träger für derartige Projekte wären.

Zentrale Informationsstelle für alle Fragen für Betroffene vorort

Tritt eine konkrete Bedarfssituation für Betroffene ein, muss eine kompetente Stelle rasch für eine individuelle optimale Problemlösung sorgen (Betreuung möglichst „aus einer Hand“). Darunter fallen:

- Ganzheitliche Abklärung der Problemlage vor Ort.
- Information über alle Leistungsbereiche (mobil, teilstationär und stationär).
- Regelung der Finanzierungsfragen für die Betroffenen im Voraus.

Demnach besteht in den Regionen vor Ort Bedarf an mobilen Einsatztruppen zur Abklärung, was der Hilfesuchende braucht, und telefonischem Service (Hotline).

Finanzielle Absicherung der Kooperationspartner

Auf der Basis des Tiroler Rehabilitationsgesetzes bedient sich das Land Tirol in der Behindertenarbeit Facheinrichtungen, die für bestimmte Leistungen Entgelte erhalten. Die damit verbundene Gestaltungsmöglichkeit des Landes brachte manche Facheinrichtung in der Vergangenheit in arge Finanznöte. Bei verlässlicher Leistung sollen die Facheinrichtungen auch die Sicherheit haben, eine verlässliche Finanzierungshilfe zu erhalten. Aus diesem Grund wäre zur finanziellen Absicherung der vom Land im Behindertenbe-

reich als notwendig erachteten Einrichtungen zielführend, sachdienliche Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern, wie z.B. jüngst mit der Lebenshilfe, auch mit anderen Einrichtungen abzuschließen.

Bedarfs- und Entwicklungsplan im Behindertenbereich

Seit Beginn der Berichterstattung wird die Erstellung eines solchen Entwicklungsplanes zum stationären wie auch teilstationären/ambulanten Bereich sowie die Festlegung von Qualitätskriterien im Behindertenbereich angeregt. Versäumnisse der öffentlichen Hand in diesem Bereich führen dazu, dass sich die Facheinrichtungen den Weg selbst vorgeben.

Ähnlich der Verpflichtung der Fachabteilung zur Erstellung eines Bedarfs- und Entwicklungsplanes für den stationären Alten- und Pflegebereich im Tiroler Heimgesetz 2005 bietet das Nachfolgegesetz des Tiroler Rehabilitationsgesetzes eine Möglichkeit zur Aufnahme einer Verpflichtung der Fachabteilung zu diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan im Behindertenbereich. Der damit verbundene personelle Mehraufwand ist in den Überlegungen zu berücksichtigen.

Das neue Gesetz für den Behindertenbereich ist zukunftsorientiert zu gestalten

Das Tiroler Rehabilitationsgesetz ist in die Jahre gekommen und nicht mehr zeitgemäß. Derzeit wird unter der Federführung der Fachabteilung an einem Nachfolgegesetz gearbeitet. Dabei ist Folgendes zu beachten:

Die UN Konvention "Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" vom 13. Dezember 2006 – seit Oktober 2008 durch das Bundesgesetz Nr 155/2008 für Österreich geltend – geht mit ihren Bestimmungen in Richtung Zukunft.

Bei den Überlegungen zum Nachfolgegesetz des Tiroler Rehabilitationsgesetzes sind die Bestimmungen in der UN-Konvention mit einzubinden, da ansonsten das Gesetz veraltet ist, noch bevor es den Schreibtisch verlassen hat.

Schwerpunkte der UN Konvention:

1. Zentraler Begriff ist der Begriff der „Teilhabe“ des Behinderten.
2. Behinderung wird ursachenunabhängig und altersunabhängig gesehen.
3. Orientierung erfolgt am Bedarf des Menschen mit Behinderung – Schwerpunktsetzung Lebensqualität.
4. Selbstbestimmung und Wahlfreiheit der Betroffenen hinsichtlich Betreuungsstruktur sind weitere Grundsätze.
5. Es herrscht ein ganzheitliches Verständnis von Betreuung.

Wenn wir ein zukunftsorientiertes Gesetz wollen, dann kommen wir um diese Grundsätze der Vereinten Nationen nicht herum.

Zur Umsetzung der UN-Konvention und zur Überwachung der Einhaltung wurde auf Bundesebene durch § 13 des Bundesbehindertengesetzes, BGBl 109/2008, ein unabhängiger „Monitoringausschuss“ mit Fachleuten und Sitz in Wien eingesetzt.

1.6.4. PERSONELLE AUFSTOCKUNG DER STELLE DES BEHINDERTENANSPRECHPARTNERS

Seit Einrichtung des Behindertenansprechpartners hat sich der Parteienverkehr (Jahr 2000: 224 Vorsprechende, Jahr 2009: 810 Vorsprechende) mehr als verdreifacht, die personelle Besetzung ist aber gleich geblieben.

Der Behindertenansprechpartner arbeitet eigenständig und ist in die Organisationsstruktur des Landesvolksanwaltes eingebunden. So läuft die gesamte Administration inklusive des Schriftverkehrs mit Parteien und Systempartnern über das Büro des Landesvolksanwaltes.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen und der Mitarbeit der Kollegenschaft bzw. der Mitarbeiterinnen muss kein Hilfesuchender abgewiesen werden. Der zeitliche Verfügungsbereich für die Hilfesuchenden ist jedoch aufgrund der vermehrten Kontakte geringer geworden.

So kann der Behindertenansprechpartner in vielen Bereichen nur mehr sehr beschränkt wirken. Dies betrifft insbesondere Planungsarbeiten, Koordinationsarbeit innerhalb der Systempartner (zur Vermeidung von Dop-

pelgeleisigkeiten), Erstellung von notwendigem Infomaterial für die Betroffenen sowie die Arbeit für Angehörige für Behinderte. Serviceleistungen, wie sie noch vor Jahren erbracht werden konnten, wie z.B. Hilfen bei Pflegegeldverfahren, sind zeitlich kaum mehr möglich.

Aus den oben angeführten Gründen und zur Qualitätssicherung der Arbeit für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige wäre daher eine personelle Aufstockung der Stelle des Behindertenansprechpartners dringend notwendig. Verstärkte Kooperations- und Koordinationsarbeit mit den Systempartnern wird zudem helfen, die Arbeit im Behindertenbereich effizienter zu gestalten.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Herrn Landesvolksanwalt und seinem Team für die so tatkräftige Hilfe in der Alltagsarbeit, ohne die das vorgelegte Arbeitspensum nicht möglich gewesen wäre.

Dr. Christoph Wötzer
Behindertenansprechpartner

2.1 BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN FÄLLEN

Durch die Darstellung beispielhafter Einzelfälle soll einerseits ein besserer Einblick in die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes gegeben aber auch die Themenvielfalt aufgezeigt werden. Soweit nicht unbedingt notwendig werden die Daten (z.B. Bezeichnung der Behörde oder Anführung der Gemeinde) anonymisiert wiedergegeben, da es nicht um ein „an den Pranger stellen“ von Behörden und Dienststellen bzw. ihrer Organe geht. Vielmehr soll ein besseres Verständnis für die Aufgaben und die Arbeitsweise des Landesvolksanwaltes geweckt und die Schwerpunktbildung veranschaulicht werden.

In diesem Sinne haben die Damen und Herren Abgeordneten des Tiroler Landtages die Darstellung von Einzelfällen im Jahresbericht vielfach als besonders aussagekräftig bezeichnet und sich für die Beibehaltung der fallbezogenen Ausführungen ausgesprochen.

2.1.1 GEMEINDERECHT/STRASSENRECHT EIN ZWEIFELLOS LANGER UND SCHWIERIGER (ZUFAHRTS)WEG

Mehr als 35 Jahre lang kämpfte der Eigentümer eines etwas abgelegenen Wohnobjektes in einer Oberländer Gemeinde um die Errichtung einer ortsüblichen Zufahrtsstraße. Trotz eines entsprechenden Beschlusses des Gemeinderates waren seine jahrelangen Bemühungen erfolglos. Mit intensiver Unterstützung des Landesvolksanwaltes konnte nun im vergangenen Jahr die Zufahrt realisiert werden – leider hat der Beschwerdeführer den versöhnlichen Abschluss dieser endlosen Geschichte nicht mehr erlebt. Seine Familie und die Anrainer sind jedoch Nutznießer dieser Lösung.

Mit viel Mühe hatte der Beschwerdeführer in den Nachkriegsjahren in einem abgelegenen Weiler einer Oberländer Gemeinde für sich und seine Familie ein Wohnhaus errichtet. Der schmale und nicht LKW-taugliche Zufahrtsweg war damals in der betroffenen Gemeinde keineswegs unüblich. Auf entsprechendes Ersuchen beschloss der zuständige Gemeinderat bereits im Jahre 1973, diesen Weg auszubauen und LKW-tauglich zu machen. Im diesbezüglichen Sitzungsprotokoll wird wörtlich festgehalten: „Der Weg wird als Gemeindeweg gebaut und es obliegt der Gemeinde die dauernde Erhaltung.“

In der Folge verging jedoch Jahr um Jahr; die beschlossene Errichtung der Zufahrtsstraße konnte nicht umgesetzt werden. Nicht zuletzt mit ausschlaggebend dafür war die fehlende Bereitschaft der Anrainer geringfügigen Grundabtretungen zuzustimmen, obwohl der Weiler insgesamt nicht zeitgemäß erschlossen war und der Ausbau des bestehenden Zufahrtsweges für alle Bewohner vorteilhaft gewesen wäre. Unermüdlich kontaktierte der Beschwerdeführer immer wieder die Gemeindevertreter, Landesstellen und Parteibüros – leider erfolglos!

Verzweifelt erfolgte im Jahre 2005 eine Kontaktaufnahme mit dem Landesvolksanwalt. Nach mehreren ausführlichen Gesprächen mit dem zuständigen Bürgermeister und zähen Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern, an denen teilweise über Ersuchen des Bürgermeisters der Landesvolksanwalt persönlich teilgenommen hatte, konnte im Jahre 2008 ein von der Abteilung Güterwege beim Land Tirol ausgearbeitetes Projekt beschlossen und straßenrechtlich genehmigt werden. Nachdem mit Unterstützung der zuständigen Regierungsmitglieder auch die Finanzierung gesichert werden konnte, stand nun endlich dem Straßenausbau nichts mehr im Wege.

Tatsächlich konnte das Projekt im vergangenen Jahr umgesetzt und abgeschlossen werden. So besteht nunmehr für den betroffenen Weiler und das Wohnobjekt des Beschwerdeführers eine jetzt von allen Bewohnern geschätzte zeitgemäße Erschließung in Form einer Gemeindestraße.

Leider konnte der Beschwerdeführer selbst den Abschluss der Ausbauarbeiten und damit letztendlich den Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen nicht mehr erleben – er ist im Feber 2009 verstorben.

An dieser Stelle sei dem derzeitigen Bürgermeister der betroffenen Gemeinde für seine intensiven Bemühungen und seinen persönlichen Einsatz, insbesondere bei den schwierigen Grundverhandlungen, herzlich gedankt.

Dieser Fall ist beispielhaft dafür, dass der Landesvolksanwalt kraft der natürlichen Autorität der Einrichtung verbunden mit großem Engagement der handelnden Personen, oftmals auch in aussichtslosen Situationen zu einer Problemlösung verhelfen kann.

2.1.2 RAUMORDNUNGSRECHT RAUMORDNUNG UND DIE „ALLMACHT“ DES GEMEINDERATES

Bereits im Jahresbericht 2008 wurde dieses Thema unter Schilderung von Beispielen angesprochen. Der hier im Rahmen einer Beschwerde an den Landesvolksanwalt herangetragene Sachverhalt zeigt neuerlich deutlich und drastisch auf, dass die bestehende Rechtslage keinen adäquaten Rechtsschutz bietet.

Bereits seit Jahren war ein Tiroler Ehepaar, beide begeisterte Pferdezüchter, auf der Suche nach einem geeigneten Standort für die Errichtung einer Hofstelle. Nach zahlreichen erfolglosen Anläufen schien nun ein viel versprechendes Grundstück gefunden zu sein. Rasch wurde man sich mit dem Grundeigentümer über den Kaufpreis einig.

Das gegenständliche Grundstück befand sich zu diesem Zeitpunkt nach dem geltenden Flächenwidmungsplan der Gemeinde im Freiland. Um kein Risiko einzugehen wurde von den Kaufinteressenten unter Vorlage von Unterlagen eine entsprechende Anfrage an die beim Land Tirol eingerichtete Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht als Aufsichtsbehörde eingeholt. Von dort gab es

aus raumordnungsrechtlicher Sicht „Grünes Licht“ für eine Umwidmung des betreffenden Grundstückes in „Sonderfläche Hofstelle“. Auch eine persönliche Kontaktaufnahme mit dem Bürgermeister der betreffenden Gemeinde verlief aus Sicht der Kaufinteressenten positiv. Der Kaufvertrag wurde abgeschlossen – alles schien dieses Mal erfolgversprechend zu verlaufen.

Dann jedoch trat der Gemeinderat auf den Plan. Bereits im Vorfeld der Sitzung über die Umwidmung des Grundstückes entstanden unter den Mitgliedern des Gemeinderates Diskussionen und Zweifel, ob diese Umwidmung beschlossen werden sollte. Und tatsächlich sprach sich der Gemeinderat bei der entscheidenden Sitzung aus völlig unerklärlichen und nicht nachvollziehbaren Gründen mehrheitlich gegen die Umwidmung des Grundstückes aus.

„Das darf doch in einem Rechtsstaat nicht wahr sein“ war die resignierende Aussage der Beschwerdeführer, nachdem der Landesvolksanwalt ihnen mitteilen musste, dass gegen diesen Beschluss des Gemeinderates keine Rechtsschutzmöglichkeit besteht. Nachdem zuvor sogar von der zuständigen Aufsichtsbehörde das geplante Vorhaben

positiv beurteilt worden war, konnten es die Beschwerdeführer nicht fassen, dass dieser – aus ihrer Sicht willkürliche – Beschluss nicht angefochten werden konnte. Völlig enttäuscht mussten sie mit nicht unbeträchtlichen Vorlaufkosten (Kaufvertrag, Gebühren und dgl.) ihre Pläne für eine neue Hofstelle wiederum aufgeben.

Auch aus Sicht des Landesvolksanwaltes ist diese rechtliche Situation, wonach ablehnende Beschlüsse des Gemeinderates in Raumordnungsangelegenheiten – mit Ausnahme der Individualbeschwerde an den Verfassungsgerichtshof – nicht überprüft werden können, unzumutbar und bedarf dringend einer Novellierung. Die Möglichkeit, eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof zu erheben, erweist sich insofern als unzureichende Rechtsschutzmöglichkeit, als die Beschwerde mit hohem Erfolgsrisiko behaftet ist, nicht unbeträchtliche Kosten verursacht und erfahrungsgemäß mit langer Verfahrensdauer zu rechnen ist. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass derartige Verfahrensabläufe bei den Betroffenen ein Gefühl der totalen Ohnmacht gegenüber der öffentlichen Verwaltung entstehen lassen und der Glaube an den Rechtsstaat und eine gute Verwaltung verloren geht.

2.1.3 SOZIALRECHT GRUNDSICHERUNG – FINANZHILFE DES LANDES ZUR AMBULANTEN PFLEGE

„Ohne Sie hätten wir das nicht geschafft“, so die dankenden Worte der Ehefrau eines schwer Pflegebedürftigen nach Erhalt von Landesmitteln zur Mitfinanzierung und damit Sicherstellung der häuslichen Pflege.

Nach dem Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG) ist für die „Hilfe für pflegebedürftige Personen“ das Land Tirol als Träger von Privatrechten zuständig. Auf diese Hilfe besteht damit zwar kein Rechtsanspruch (die Entscheidung erfolgt mit einfachem Schreiben und nicht mit Bescheid), die Behörde ist aber auch im Privatrecht an den „Gleichheitsgrundsatz“ gebunden, d.h., dass bei gleichen Voraussetzungen gleiche Entscheidungen zu treffen sind.

Als „pflegebedürftig“ ist nach dem TGSG anzusehen, „wer infolge einer Krankheit oder eines Gebrechens der Betreuung und Hilfe bedarf.“ Dies gilt nach internen Richtlinien für Menschen mit Bezug des Pflegegeldes ab der Stufe 3.

Die Hilfe für pflegebedürftige Personen bezieht sich auf die stationäre Versorgung wie in einem Senioren- und Pflegeheim ebenso wie

auf ambulante (häusliche) Betreuung und Hilfe. Das Land Tirol leistet bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen jenen Betrag, den die Betroffenen aus Eigenem nicht aufzubringen vermögen. Bei Grundbesitz der Betroffenen erfolgt von Seiten des Landes eine grundbücherliche Sicherstellung der Finanzhilfe.

Durch eine Gehirnblutung nach einem chirurgischen Eingriff wurde ein Oberländer schwer pflegebedürftig und bettlägrig. Er ist zur Gänze auf fremde Hilfe angewiesen, die von seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern mit maßgeblicher Unterstützung von angestellten Fachkräften bewundernswert geleistet wird. Der einzige Wunsch des Betroffenen war, zu Hause gepflegt zu werden. Die kostenintensive Tag- und Nachtbetreuung konnte von der Familie nicht aus Eigenem finanziert werden und so war die Familie über längere Zeit auf die Hilfe sozialer Einrichtungen und Gönner angewiesen.

Nach Kontaktaufnahme mit uns erfolgte ein persönlicher Hausbesuch und eine Abklärung der Situation. Auf unser Anraten wurde von der Ehefrau an die Fachabteilung des Landes ein Antrag auf laufende finanzielle Unterstützung gestellt. Diese wurde in der Folge auch mit Unterstützung des politischen Referenten in einem solchen Ausmaß gewährt, dass die Familie nicht mehr auf Finanzhilfe von außen angewiesen ist.

2.1.4 GEMEINDERECHT DAS VERORDNUNGSRECHT DES GEMEINDERATES

Wie bereits in früheren Fallbeispielen zum Ausdruck gebracht, kann der Gemeinderat aufgrund seines Ordnungsrechtes ein laufendes Verwaltungsverfahren entscheidend beeinflussen.

Obwohl das gegenständliche Verfahren bereits im Jahr 2005 abgewickelt wurde, ersuchte der Betroffene den Landesvolksanwalt erst im März 2009 um Prüfung der Rechtslage.

Einführend sei kurz auf die im Verfahren maßgebliche Verordnung über die „Art und Gestaltung von Einfriedungen“, welche vom Gemeinderat gemäß § 19 der Tiroler Bauordnung 2001 zum Schutz des Orts- und Straßenniveaus erlassen wurde, eingegangen. Diese Verordnung regelt unter anderem die Höhe von Einfriedungen gegenüber Verkehrsflächen im Bauland. Diese dürfen einschließlich Sockel mit einer maximalen Höhe von 1,50 m errichtet werden. Bei der Berechnung der Höhe ist vom fertigen Straßenniveau auszugehen. Bei besonders berücksichtigungswürdigen Gründen ist ein Überschreiten dieser Höhe möglich. Eine derartige Vorgangsweise bedarf der Zustimmung des Gemeinderates.

Der betroffene Hauseigentümer wandte sich mit Schreiben vom 05.08.2005 an die Gemeinde: Im Jahre 1998 sei die baubehördliche Genehmigung zur Errichtung einer Einfriedungsmauer mit Zaun erteilt worden. Diese noch nicht fertig gestellte bauliche Anlage sei allerdings abweichend von den Einreichunterlagen so ausgeführt worden, dass der Zaun nun gegenüber dem öffentlichen Gut eine maximale Höhe von 1,71 m aufweise. Am 15.07.2005 habe der Gemeinderat die einleitend angesprochene Verordnung erlassen, wonach grundsätzlich nur eine Zaunhöhe von max. 1,50 m bewilligungsfähig sei. Der Gemeinderat möge daher, wie im Verordnungstext vorgesehen, eine Ausnahmegenehmigung bezüglich der Überschreitung der Maximalhöhe der Einfriedung im Ausmaß von 25 cm erteilen.

Die Gemeinde reagierte auf dieses Begehren mittels eines mit 30.08.2005 datierten Schreibens: Eine Entscheidung über die Genehmigung des geändert ausgeführten Projektes könne erst getroffen werden, wenn die Zustimmung des Gemeinderates zur Überschreitung der Einfriedungshöhe von 1,50 m im Sinne der Verordnung vom 15.07.2005 (Zaunverordnung) beigebracht werde.

Dem Antragsteller wurde dafür eine Frist von zwei Wochen ab Übernahme des Schreibens eingeräumt. Für den Fall, dass die erforderliche Zustimmung nicht rechtzeitig beigebracht wird, wurde angedroht, die Bauanzeige negativ zu behandeln.

Der Zurückweisungsbescheid gemäß § 22 Abs. 2 letzter Satz der Tiroler Bauordnung 2001 wurde prompt nach Fristablauf ausgefertigt. Die Begründung stützte sich im Wesentlichen darauf, dass aus den der Bauanzeige beigelegten Planskizzen ersichtlich sei, dass eine Einfriedung mit einer Gesamthöhe von 1,75 m geplant sei. Dies widerspreche der Verordnung des Gemeinderates vom 15.07.2005. Nur bei Vorliegen besonders berücksichtigungswürdiger Gründe wäre eine Überschreitung dieser Höhe mit Zustimmung des Gemeinderates möglich. Die dem Beschwerdeführer eingeräumte Frist zur Beibringung der Zustimmungserklärung des Gemeinderates sei fruchtlos verstrichen, weshalb die Bauanzeige zwangsläufig zurückzuweisen war.

Gleichzeitig wurde der Bauwerber dahingehend informiert, dass die erwähnte Ausnahmeregelung durch den Gemeinderat in der Gemeinderatssitzung vom 22.09.2005 ersatzlos behoben wurde. Daher sei ein Ansuchen dieser Art ohnehin nicht mehr zulässig!

Der Landesvolksanwalt konnte aufgrund der Akten- und Rechtslage zwar nachvollziehen, dass die Baubehörde vom Bauwerber einen Gemeinderatsbeschluss verlangt, nicht aber warum in der Folge der formell richtige Antrag vom Bürgermeister nicht auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt wurde! Im eingeleiteten Beschwerdeprüfungsverfahren galt es diese Kernfrage zu lösen.

Der Bürgermeister rechtfertigte sich damit, dass er das baurechtliche Verfahren nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt habe, wobei jetzt nicht mehr bekannt sei, warum das Ansuchen des Beschwerdeführers nicht vom Gemeinderat behandelt worden sei. Ergänzend merkte er an, dass die Aufsichtsbehörde im Zuge der Verwaltungsprüfung ohnehin angeregt habe, die Bestimmung bezüglich der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung ersatzlos zu beheben und der Gemeinderat sei dieser Anregung unverzüglich nachgekommen.

Leider wurde dadurch dem Bürger die Möglichkeit verwehrt, das Ansuchen nach der alten, für ihn günstigeren Rechtslage als Tagesordnungspunkt in der nächstmöglichen Gemeinderatssitzung behandeln zu lassen. Nach wie vor steht die zwar nicht beweisbare Behauptung im Raum, dass das Ansuchen um Ausnahmegenehmigung im Wissen um eine baldige, sich auf das Begehren des Antragstellers negativ auswirkende Abänderung der Verordnung, vom Bürgermeister „zurückgehalten“ worden war, was letztendlich dazu führte, dass die Einfriedung auf eine einheitliche Höhe von 1,50 m reduziert werden musste und damit verbunden das ungute Gefühl, dass bei etwas gutem Willen die Situation unter Umständen auch bürgerfreundlicher gelöst hätte werden können.

2.1.5 SOZIALRECHT

DROHENDE WOHNUNGSLOSIGKEIT EINER JUNGEN MEHRFACHEN MUTTER

Wohnungsprobleme im Zusammenhang mit verschiedensten Rechtskonstellationen stellen für viele Menschen einen Beweggrund dar, mit dem Landesvolksanwalt Hilfesuchend in Kontakt zu treten. Die sich daraus ergebenden Rechtsfragen stellen zwar häufig Angelegenheiten des Privatrechtes dar und fallen somit nicht in den Zuständigkeitsbereich des Landesvolksanwaltes. In manchen Fällen muss sich daher der Landesvolksanwalt auf grundsätzliche rechtliche Auskünfte beschränken, kann aber durch entsprechende Vermittlung an andere zuständige Stellen oft wertvolle und dankbar angenommene Hilfestellungen leisten. Finden sich aber Anknüpfungspunkte zu einer Gebietskörperschaft oder zu Wohnbauförderungsfragen, so ist der Landesvolksanwalt jedenfalls bemüht, zu einer Problemlösung beizutragen.

Beispielhaft sei hier der Fall einer jungen mehrfachen Mutter aus Osttirol angeführt, welche ihre Mietwohnung, für die der Gemeinde das Vergaberecht zusteht, zuerst wegen eines beabsichtigten Wohnungswechsels aufgekündigt hatte und dann letztlich doch wieder aufgrund von höchstpersönlichen Umstän-

den weiter für sich selbst benötigte. Aufgrund eines offensichtlichen Missverständnisses im Zusammenhang mit der „Rückabwicklung der Kündigung“ und der vorzeitigen Aufgabe ihrer neuen Wohnmöglichkeit war die junge und damals wieder hochschwangere Mutter von unmittelbarer Wohnungslosigkeit bedroht. Die junge Frau hatte nämlich mit der Wohnungsgesellschaft das diesbezügliche Einvernehmen hergestellt und offensichtlich auch eine Zusage zum Weiterverbleib erhalten, die vergabeberechtigte Gemeinde jedoch nicht weiter kontaktiert.

Auf Einschreiten des Landesvolksanwaltes konnte aber letztlich bei der Gemeinde hinsichtlich der bereits schon anderweitig vergebenen Wohnung eine Lösung zum Weiterverbleib in Verbindung mit einer Ersatzwohnung für die neuen Mieter gefunden werden. Die betroffene Mutter hat sich abschließend tief erleichtert beim Landesvolksanwalt für seinen wertvollen Beitrag beim positiven Abschluss des bereits eingeleiteten Räumungsverfahrens bedankt.

2.1.6 BAURECHT ERFOLGREICHE ABÄNDERUNG EINES WOHNBAUPROJEKTES

Die heute übliche verdichtete Bauweise bei größtmöglicher Ausnützung der vorhandenen Grundfläche führt dazu, dass von einer derartigen Bauführung betroffene zukünftige Anrainer oft sehr sensibel auf geplante Projekte reagieren. Da die entscheidenden Weichen, auf welche Art und Weise ein Grundstück hinkünftig bebaut werden darf, mit der Erlassung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes gestellt werden, ist ein Reagieren in diesem Verfahrensstadium äußerst wichtig. Im konkreten Fall konnte eine für die Nachbarn „positive Wende“ erst im nachfolgenden Bauverfahren erzielt werden.

Ein ehemaliges Kasernenareal soll zu Wohnzwecken verbaut werden, ein Architektenwettbewerb sollte die Grundlage für eine optimale städtebauliche Lösung schaffen. Einer der betroffenen Anrainer übermittelte an den siegreichen Architekten folgende e-Mail: „Vorerst gratuliere ich zu Ihrem Siegerprojekt über die Bebauung des Geländes der Kaserne. Durch die Aufteilung in Würfelbauten entsteht ja eine lockere Ansicht. Ich möchte jedoch einwenden, dass alle umliegenden Wohnhäuser nur maximal 5-stöckig sind ausgerechnet dort wo die Bebauung am nä-

hesten zum Wohngebäude heranrückt, einer der höchsten Würfel geplant ist.“

Nach Vorsprache mehrerer Wohnungseigentümer aus der Nachbarschaft des geplanten Projektes beim Landesvolksanwalt wurde von diesem eine Anfrage an die zuständige Stadtverwaltung gerichtet. Unter anderem wurde aufgezeigt, dass der Abstand zur Grundgrenze mit 14,4 m zwar den Abstandbestimmungen der Tiroler Bauordnung 2001 (Höhe 24 m) entspricht, mit diesem Projekt jedoch vielen Nachbarn das Sonnenlicht entzogen werde und sie „vor einer Wand leben“ müssten. Eine geringfügige Umplanung (Gruppierung der Würfel) bzw. eine Reduzierung der Höhe des angesprochenen Würfels könnte zu einer entscheidenden Entschärfung der Situation beitragen.

Mehrere Gespräche und Vorsprachen der Anrainer in der Gemeinde und beim Landesvolksanwalt folgten. Der Bauausschuss des Gemeinderates gelangte letztendlich zu diesem Ergebnis:

„Das aus einem Wettbewerbsverfahren hervorgegangene Projekt für die Wohnbebauung auf dem Kasernenareal wurde von den Architekten in besonderer Rücksichtnahme auf die Interessen der Nachbarn entwickelt. Aufgrund Ihres Schreibens und diverser Stellungnahmen zum Ergänzenden Bebauungsplan hat sich die Stadtplanung gemeinsam mit dem Bauträger und den Architekten intensiv damit befasst, ob durch

Änderungen am Projekt den Nachbarn noch weiter entgegen gekommen werden kann. Es hat sich aber gezeigt, dass eine weitere Optimierung im Rahmen des Bebauungsplanes nicht möglich ist, da durch Schieben von Bauteilen oder Austausch von Gebäudehöhen für die Umgebung insgesamt Nachteile bewirkt würden. Alle Einsprüche sind im Bauausschuss ausführlichst behandelt worden. Dieser hat dann dem Gemeinderat einstimmig empfohlen, den Bebauungsplan zu beschließen.“

Die Enttäuschung bei den Anrainern war groß. Auf Basis der Vorgespräche und mit Unterstützung des Landesvolksanwaltes konnte jedoch in letzter Minute im Bauverfahren eine Wende herbeigeführt werden. Der gegenständliche „Würfel“ wurde anstatt mit geplanten sieben nur mit sechs Geschossen ausgestattet (maximale Wandhöhe 18 m). Die Abstände zur Grundgrenze blieben unverändert, sodass sich zur großen Freude der Nachbarn die Wandhöhe um entscheidende 6 m niedriger errechnete. Die Tatsache, dass die Nachbarn unter diesen Umständen auf die Erhebung eines Rechtsmittels gegen den Baubescheid verzichtet haben, kam dem Bauherrn sehr entgegen.

2.1.7 BEHINDERTENANLIEGEN BEHINDERTENRECHT – HILFE ZUR SICHERUNG DES LEBENSUNTERHALTES

Die Reduzierung der Taschengelder für behinderte Menschen durch die Facheinrichtungen, in denen sie betreut werden, ist ein Hauptgrund, weshalb beim Behindertenansprechpartner verstärkt Menschen mit Behinderungen vorsprechen, die ohne Grundsicherung nicht mehr das Auslangen finden.

Dies traf auch auf einen 26-jährigen Mann, Spastiker und aufgrund seiner körperlichen Behinderung auf einen Rollstuhl angewiesen, zu.

Er wohne kostenlos bei seinen Eltern und befinde sich in der Tagesbetreuung einer Behinderteneinrichtung. Hier beziehe er ein Taschengeld von monatlich € 25,--. Das Pflegegeld benötige er zur Bestreitung seiner pflegebedingten Mehraufwendungen. „Ich kann mir überhaupt nichts leisten“, so seine Ausführung.

In einer gesonderten Stellungnahme zur Situation führt die Wohnsitzgemeinde ergänzend aus, die Eltern und ihr Sohn würden in einer Eigentumswohnung wohnen und der Gehalt des Vaters reiche nicht aus, die finanziellen Aufwendungen für seinen Sohn „zur Gänze zu tragen“. Der Einschreiter sei „schwer körperlich behindert und vollkommen auf Pflege und Betreuung angewiesen“.

Es bestand damit Handlungsbedarf.

Personen, die sich in einer Notlage befinden, somit Menschen, die den Lebensunterhalt für sich nicht oder nicht in ausreichendem Ausmaß aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen können und ihn auch nicht von Dritten erhalten, ist nach dem Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG) eine Grundsicherung zu gewähren.

Der im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) normierten Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern kommen im gegenständlichen Fall die Eltern durch kostenlose Unterkunft ihres behinderten Sohnes nach.

Da somit eine Notlage im Sinne des TGSG gegeben war, wurde über unsere Anregung ein Antrag auf Grundsicherung gestellt, die der Hilfebedürftige von der Behörde in der Folge auch in Form einer laufenden Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Ausmaß von € 152,90 monatlich und je 50% dieses Betrages als „Sonderzahlung“ in den Monaten März, Juni, September und Dezember, erhielt.

2.1.8 ABGABEN/GEBÜHRENRECHT BENÜTZUNGSGEBÜHREN – EINE OFTMALS SCHWIERIGE RECHTSMATERIE

Benützungsgebühren in Form von einmaligen Anschlussgebühren, wie jener der Kanalgebühr, sind sowohl für den betroffenen Bürger als auch für die jeweilige Gemeinde von erheblicher finanzieller Bedeutung. Nicht selten kommt es beispielsweise im Zuge einer Kanalisierung neben hoheitlichen Abgaben auch zu privatrechtlichen Vereinbarungen, welche immer wieder Gegenstand von Anfragen bzw. Beschwerden beim Landesvolksanwalt sind. Aber auch die jeweilige Abgabenbehörde ist mit Problemen konfrontiert, insbesondere aufgrund der umfangreichen Verfahrensbestimmungen.

Im hier konkret näher erläuterten Beschwerdefall wandte sich ein Unterländer Ehepaar an den Landesvolksanwalt und konnte nicht verstehen, dass eine bereits vor 15 Jahren entrichtete Anschlussgebühr für ein unverbautes Grundstück nun für sie bei der Bemessung der Kanalanschlussgebühr für das neu errichtete Gebäude nicht in Abzug gebracht werden sollte. Dabei stützten sich der Bürgermeister als Abgabenbehörde I. und der Gemeindevorstand als Abgabenbehörde II. Instanz auf den Rechtsstandpunkt, dass aufgrund des Eigentumsübergangs für das zu beurteilende Abgabenschuldverhältnis eine sogenannte „dingliche Wirkung“ nicht

vorgesehen sei, obwohl nach geltender Kanalgebührenordnung der Gemeinde die Anschlussgebührenvorauszahlung grundsätzlich auf die Anschlussgebühr wertgesichert anzurechnen ist. Laut Gemeinde würde es sich hierbei um eine zivilrechtliche Angelegenheit handeln, welche im Zivilrechtsweg zu klären sei. Die bereits geleistete Anschlussgebühr wurde daher der Voreigentümerin auf deren Konto überwiesen.

Der Landesvolksanwalt konnte nach einer Kontaktaufnahme mit der Gemeinde diese nicht von der offensichtlichen Rechtswidrigkeit ihrer beabsichtigten Vorgangsweise überzeugen, er stand jedoch der betroffenen Verfahrenspartei beratend im nachfolgenden Vorstellungsverfahren bei der Landesregierung als Aufsichtsbehörde zur Seite.

In der Vorstellungsentscheidung wurde die stets vom Landesvolksanwalt vertretene Rechtsansicht vollinhaltlich bestätigt, der Vorstellung Folge gegeben, der angefochtene Bescheid behoben und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an den Gemeindevorstand verwiesen. In der Sache selbst wurde in der Begründung von der Vorstellungsbehörde u.a. ausgeführt, dass die für das betroffene Grundstück unzweifelhaft geleistete Kanalanschlussgebührenvorauszahlung – unabhängig von einem mittlerweile erfolgten Wechsel in der Person der Grundstückseigentümer – bei der in Rede stehenden Vorschreibung der Kanal-

schlussgebühren wertgesichert anzurechnen sei. Die in diesem Zusammenhang seitens der Abgabenbehörde getroffenen Feststellungen hinsichtlich der Verweisung auf den Zivilrechtsweg seien für die Vorstellungsbehörde nicht nachvollziehbar und würden jeglicher rechtlicher Grundlage entbehren.

Wenig später haben uns die Beschwerdeführer die neuerliche Entscheidung des Gemeindevorstandes übermittelt, in welcher die Kanalanschlussgebührevorauszahlung samt Indexsicherung bei der Gebührevorschreibung berücksichtigt worden ist. Ihre abschließenden Worte waren: „Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung. Sie haben uns damit sehr geholfen.“

2.1.9 SOZIALRECHT FINANZIELLE NOT

Des Öfteren muss vom Landesvolksanwalt festgestellt werden, dass gerade allein erziehende Frauen mit Kindern unverhofft und rasch in finanzielle Not geraten; so auch im gegenständlichen Fall.

Die allein erziehende Mutter von drei minderjährigen Kindern konnte aufgrund ungünstiger Umstände über längere Zeit die Kosten ihrer Wohnung, welche sie von einer gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft gemietet hatte, nicht bezahlen. Der Mietrück-

stand in beträchtlicher Höhe konnte ohne fremde Hilfe nicht mehr beglichen werden. Vorausgegangen waren familiäre Probleme, die Trennung vom Ehegatten und damit verbundene finanzielle Probleme, zumal der Kindesvater seinen Unterhaltszahlungen gegenüber den Kleinkindern gar nicht bis schleppend nachkam.

Im Hinblick auf das bevorstehende gerichtliche Verfahren und die geplante Delogierung völlig verzweifelt wandte sich die Betroffene nun an den Landesvolksanwalt.

Nach einer genauen Prüfung der Ist-Situation konnte zunächst durch Kontaktaufnahme mit der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft als Vermieterin der gegenständlichen Wohnung das drohende gerichtliche Verfahren abgewendet werden. Weiters war der Landesvolksanwalt der allein erziehenden Mutter im Unterhaltsverfahren beratend behilflich. Schließlich konnte im Rahmen der Grundsicherung und mit Unterstützung des Grundsicherungsfonds ein großer Teil der Mietrückstände abgedeckt werden und für den Restbetrag eine großzügige und finanziell tragbare Ratenvereinbarung vereinbart werden.

Damit konnte schließlich die bereits geplante Delogierung erfolgreich verhindert werden, wofür sich die betroffene Familie aufrichtig und herzlich bedankte!

Der Landesvolksanwalt stellt immer wieder fest, dass gerade Familien, welche sich in

einer finanzieller Notlage befinden, oft nicht in der Lage sind, selbständig die Situation zu bewältigen. Wenn auch dem Landesvolksanwalt kein Budget für finanzielle Unterstützung zur Verfügung steht, kann doch in vielen Fällen durch Rat und Tat – indem rechtliche Möglichkeiten und die Wege zu bestehenden Hilfseinrichtungen aufgezeigt werden – entscheidend geholfen werden.

2.1.10 SONSTIGES

DIE FAMILIENFEIER WAR GERETTET

Manchmal kommt es vor, dass der Landesvolksanwalt und seine Mitarbeiter mit Sachverhalten und Problemen konfrontiert werden, bei deren Lösung nicht Rechtsfragen im Vordergrund stehen, sondern einfach eine rasche Hilfestellung durch Rat und Tat gefragt ist. Dabei ist es entscheidend zu wissen, „wie man die Sache angeht“. So auch im gegenständlichen Fallbeispiel.

Ein Landwirt aus einem Seitental des Oberlandes hatte sich nach reiflicher Überlegung entschlossen, seine Freundin aus Thailand zu heiraten. Aus dieser Ehe gingen zwischenzeitlich zwei Kinder hervor. Die Schwester der Kindesmutter, wohnhaft in Thailand, ist Taufpatin eines Kindes.

Nun stand die Erstkommunionfeier des Kindes an, und natürlich sollte die Patin zu dieser Feier nach Tirol kommen. Wenn

auch etwas verspätet, aber doch, wurde vom Kindesvater bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft um ein entsprechendes (Besucher)Visum angesucht. Wenige Tage vor der geplanten Feier suchte der Kindesvater und Schwager der Patin den Landesvolksanwalt auf und klagte, das Visum sei noch nicht ausgestellt, der Flug von Thailand nach Österreich aber für den morgigen (!) Tag gebucht und bezahlt.

Nach unverzüglicher Kontaktaufnahme des Landesvolksanwaltes mit der Österreichischen Botschaft in Bangkok konnten noch am selben Tag die Voraussetzungen für eine rechtskonforme Ausstellung des notwendigen Visums geschaffen werden.

Die Erstkommunionfeier war gerettet und die gesamte Familie bedankte sich herzlich!

2.2 ANREGUNGEN AN GESETZGEBUNG UND VERWALTUNG

2.2.1 ALLGEMEINES

Die Auswertung der insgesamt 5.488 Bürgerkontakte im Berichtsjahr ergab, dass 1.898 Beschwerden vorgebracht und 3.590 Beratungsgespräche geführt wurden. Damit hat sich der mehrjährige Trend, wonach in etwa einem Drittel der Kontakte eine Beschwerde vorgebracht wird und in rund zwei Drittel der Fälle Rat beim Landesvolksanwalt gesucht wird, fortgesetzt.

Die konstanten und signifikanten Steigerungen bei der Anzahl der Beratungsgespräche über die letzten Jahre zeigen deutlich auf, dass die Menschen im Umgang mit der unüberschaubaren Menge an rechtlichen Bestimmungen überfordert sind. Dies betrifft sowohl die große Anzahl der Gesetze und Verordnungen als auch die für den rechtsunkundigen Bürger mangelnde Verständlichkeit mancher Bestimmungen.

Dementsprechend darf wiederum darauf hingewiesen werden, dass der Österreichische Bundesgesetzgeber im Jahre 2001 das Deregulierungsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 151/2001, beschlossen hat. Die darin enthaltene Bestimmung des Artikel 1 trägt dem Gesetzgeber auf, bei der Änderung eines Gesetzes zu prüfen, ob das Gesetz oder einzelne Bestimmungen desselben noch notwendig und zeitgemäß sind, oder ob die angestrebten Wirkungen nicht auch auf andere Weise erreicht werden könnten. Bei der Vorbereitung der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht ist insbesondere darauf

zu achten, dass die vorgegebenen Standards nicht ohne Grund übererfüllt werden. Weiters wird den mit der Vorbereitung von Akten der Bundesgesetzgebung betrauten Organen eine besondere Prüfung der Folgen eines Gesetzes, so z.B. der finanziellen Auswirkungen und des Verwaltungsaufwandes im Vollzug, aufgetragen.

Die Anregung, die Bestimmungen des Deregulierungsgesetzes ernst zu nehmen, wird daher wiederholt und auch dem Landesgesetzgeber nahe gelegt.

Die Zusammenarbeit des Landesvolksanwaltes mit den beteiligten Behörden bzw. Behördenvertretern funktioniert im Allgemeinen klaglos. Vereinzelt musste auch im vergangenen Jahr wieder festgestellt werden, dass dem Ersuchen des Landesvolksanwaltes um Abgabe einer Stellungnahme zu einem bestimmten Beschwerdevorbringen aus nicht nachvollziehbaren Gründen verspätet, manchmal erst nach mehreren Urgenzen, nachgekommen wurde. In diesem Zusammenhang darf einmal mehr um Verständnis für die Forderung nach rascher Bearbeitung der vom Landesvolksanwalt eingehenden Anfragen ersucht werden, zumal auch der Landesvolksanwalt selbst seinem verfassungsmäßigen Auftrag auf „unverzögliche Prüfung jeder Beschwerde“ und „ehestmögliche Mitteilung des Prüfungsergebnisses an den Beschwerdeführer“ nachzukommen hat.

[Artikel 59 Absatz 2 der Tiroler Landesordnung 1989].

2.2.2 RAUMORDNUNG UND DIE „ALLMACHT“ DES GEMEINDERATES

Diese Anregung und Empfehlung wurde bereits mit dem Jahresbericht 2008 vorgebracht. Im Hinblick darauf, dass in den nächsten Monaten eine Novelle zum Tiroler Raumordnungsgesetz 2006 beschlossen werden soll und nachdem auch im vergangenen Jahr wiederum schwerwiegende Problemfälle (beispielhaft sei der Fall 2.1.2 in diesem Bericht erwähnt) an den Landesvolksanwalt herangetragen wurden, soll mit der nochmaligen Schilderung der diesbezüglichen Problematik eindringlich auf die unzumutbare Rechtssituation für betroffene Grundeigentümer hingewiesen werden.

Beim „eigenen Wirkungsbereich“ der Gemeinde handelt es sich um jenen Aufgabenbereich, der von der Gemeinde in eigener Verantwortung und in relativer Unabhängigkeit von Organen des Bundes und der Länder, das heißt weisungsfrei gemäß Artikel 118 Absatz 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG), zu besorgen ist. Auch im eigenen Wirkungsbereich ist die Gemeinde an die Gesetze und Verordnungen des Bundes und Landes gebunden; die Überprüfung der Einhaltung dieser Bindung hat im Rahmen der Gemeindeaufsicht (Artikel 119a Absatz 1 B-VG) zu erfolgen. Nun stellt die örtliche Raumordnung gemäß Artikel 118 Absatz 3

Ziffer 9 B-VG expressis verbis eine Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde dar.

Die örtliche Raumordnung umfasst neben grundsätzlichen Planungsinstrumenten der Raumordnung auch die für den Bürger so wesentliche Flächenwidmung der einzelnen Grundstücke. Damit wird letztlich über Nutzung und Bebauungsmöglichkeit der einzelnen Grundstücke entschieden. Nachdem nun der Flächenwidmungsplan eine Verordnung der Gemeinde darstellt, besteht für den Bürger keine Rechtsmittelmöglichkeit gegen die diesbezüglichen Beschlüsse des Gemeinderates.

Beschließt nun der Gemeinderat eine im Tiroler Raumordnungsgesetz 2006 vorgesehene Widmung, hat die Gemeinde die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Landesregierung einzuholen, welche die Gesetzmäßigkeit dieser Verordnung zu prüfen hat. Lehnt jedoch der Gemeinderat ein „Ansuchen“ auf Umwidmung eines Grundstückes für eine bestimmte Nutzung – letztlich aus welchen Gründen auch immer – ab, so bleibt das betroffene Grundstück im Freiland und mangels Verordnung kann keine aufsichtsbehördliche Prüfung erfolgen. Die Verhinderung der geplanten Nutzung hat nun in manchen Fällen tatsächlich existenzbedrohende Folgen. Eine ähnlich problematische Situation besteht für den betroffenen Bürger,

wenn der Gemeinderat sich überhaupt nicht mit seinem Anliegen befasst bzw. befassen kann, weil vom Bürgermeister das entsprechende „Ansuchen“ auf Umwidmung nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Beispielhaft wird dazu folgender Sachverhalt geschildert:

Im Rahmen der Erstellung der nach dem Tiroler Raumordnungsgesetz 2006 vorgesehenen Raumordnungskonzepte wurden aufgrund der großen Baulandreserven in vielen Tiroler Gemeinden Rückwidmungen in Freiland vorgenommen. Damit wurden viele als Bauplätze gekaufte Grundstücke in Freilandgrundstücke rückgewidmet. Vielfach wurden die Betroffenen mit der mündlichen Erklärung beruhigt, dass im Bedarfsfall ihr Grundstück jederzeit wieder gewidmet werden könne. Nun sind dem Landesvolksanwalt in den letzten Jahren mehrere Fälle vorgebracht worden, in denen die neuerliche Widmung trotz des Bedarfes des Eigentümers an Bedingungen geknüpft oder überhaupt verweigert wurde, was nicht selten Familienplanungen zerstörte, jedenfalls aber mit dramatischen Wertverlusten verbunden war.

Es ist für die Betroffenen völlig unverständlich und auch nach Ansicht des Landesvolksanwaltes nicht vertretbar, dass in diesen Fällen keine aufsichtsbehördliche Überprüfung möglich ist und der Betroffene selbst – mit

Ausnahme der „problematischen“ (Verfahrensdauer, Kosten) Individualbeschwerde an den Verfassungsgerichtshof – keine Rechtsschutzmöglichkeit hat.

Aus den angeführten Gründen wird dringlich angeregt, im Rahmen der nächsten Novellierung des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 eine rechtliche Regelung, mit welcher den geschilderten Problemen wirksam begegnet werden kann, vorzusehen.

2.2.3 BEI FÖRDERUNGEN IST KLARHEIT UND TRANSPARENZ BESONDERS WICHTIG

Das Förderungswesen ist eine Materie, die besonders vielschichtig ist und von den Gebietskörperschaften meist im Rahmen der sogenannten Privatwirtschaftsverwaltung, mit der Folge, dass kein Rechtsanspruch darauf besteht, vollzogen wird. Die Behörde ist aber auch in der Privatwirtschaftsverwaltung an den Gleichheitsgrundsatz gebunden, der bedeutet, dass bei gleichen Voraussetzungen auch gleiche Förderungen zu gewähren sind. Ob es sich nun um Angelegenheiten des Wohnbaus, Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen, soziale Belange, Aktivitäten in der Jugendbetreuung oder das Vereinsleben handelt, die Förderungspalette ist umfangreich. Es liegt also auf der Hand, dass die Förderungsvoraussetzungen im Einzelfall sehr individuell gestaltet sind und eine gleichmäßige Handhabung in der Praxis nicht immer leicht zu vollziehen ist. Nicht selten wird der Landesvolksanwalt deshalb von betroffenen Bürgern mit Vorwürfen über eine Ungleichbehandlung oder aufgrund von Missverständnissen über die Art der Förderung konfrontiert.

So war der Landesvolksanwalt im Berichtsjahr häufig mit Beschwerden aus dem Bereich der Arbeitnehmerförderung des Landes befasst, wonach zugesagt worden sei, dass ein Ausbildungsdarlehen unter bestimmten

Voraussetzungen in einen verlorenen Zuschuss umgewandelt werden könne, dies in der Folge aber nicht passiert ist.

Von Seiten der zuständigen Abteilung beim Land Tirol wurde in sämtlichen Beschwerdefällen unter Hinweis auf die geltenden Förderungsrichtlinien eine Umwandlung des bezogenen Darlehens in einen verlorenen Zuschuss im Sinne einer einmaligen nicht zurückzuzahlenden finanziellen Unterstützungsleistung abgelehnt. Auch wenn mangels schriftlicher Unterlagen eine derartige Zusage letztlich nie nachzuweisen war, konnte sich der Landesvolksanwalt bei der Prüfung der diesbezüglichen Beschwerden nicht des Eindruckes verwehren, dass Kommunikationsprobleme und teilweise unpräzise Förderungsbedingungen für die Beschwerdeführungen ausschlaggebend waren.

Um dem Gleichheitsgrundsatz entsprechend Rechnung zu tragen sowie zur Vermeidung von Unklarheiten über die Förderungsart, wird seitens des Landesvolksanwaltes daher ganz allgemein angeregt, die Förderungsbedingungen und Richtlinien möglichst präzise und transparent zu gestalten.

2.2.4. TIROLER GRUNDSICHERUNGSGESETZ

Erwachsene Bezieher einer erhöhten Familienbeihilfe erhalten für die Ernährung und andere kleinere Bedürfnisse des täglichen Lebens wie z.B. Reinigung, Bildung, Erholung einen monatlichen Betrag in gleicher Höhe wie ein Kind in einem Haushaltsverband (2009: € 152,90).

Nach dem Tiroler Grundsicherungsgesetz in Verbindung mit der Tiroler Grundsicherungsverordnung werden neben Wohnungsaufwand, Bekleidung und Beheizung für den Lebensbedarf fixe monatliche Richtsätze zugesprochen, die für Alleinstehende höher sind (2009: € 459,90) als für Menschen, die sich in einer Haushaltsgemeinschaft befinden wie z.B. Haushaltsvorstände (2009: € 393,50) oder Kinder (€ 152,90).

Mit Verordnung der Landesregierung vom 19.12.2006, kundgemacht in LGBl. Nr. 116/2006, wurde die Tiroler Grundsicherungsverordnung insofern geändert, dass der Richtsatz für Ernährung und kleinere Bedürfnisse nicht nur für Kinder gilt, sondern auch für „Bezieher der erhöhten Familienbeihilfe“. Die Tragweite dieser Novelle wurde nicht erkannt. Es wurde nämlich nicht daran gedacht, dass es Menschen gibt, die von klein auf und auch als Erwachsene eine erhöhte Familienbeihilfe beziehen. Und diese Menschen erhalten jetzt – auch wenn sie

alleinstehend sind – nur den Richtsatz wie für Kinder.

Mit diesem Betrag (2009: € 152,90) allein ist aber ein finanzielles Überleben nicht möglich.

Derzeit behängen einige dieser Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof. Die Fachabteilung will hier eine Entscheidung abwarten, die Betroffenen sind jedoch nicht mehr in der Lage, den Lebensunterhalt aus Eigenem zu bestreiten.

Auch wenn noch dieses Jahr die bedarfsorientierte Mindestsicherung gesetzlich geregelt wird, so ergeht doch die dringliche Anregung, die Tiroler Grundsicherungsverordnung ehestens und so zu ändern, dass diese unglückliche Bestimmung korrigiert wird, indem der Wortlaut „Bezieher der erhöhten Familienbeihilfe“ gestrichen wird.

3.1 EUROPÄISCHES OMBUDSMANN-INSTITUT (EOI)

Dem Europäischen Ombudsmann-Institut mit Sitz in Innsbruck gehören als europäische Vereinigung der Volksanwälte (Ombudsleute, Bürger- und Menschenrechtsbeauftragte) 110 institutionelle und rund 75 individuelle Mitglieder aus ganz Europa an. Das EOI hat sich in den letzten Jahren vor allem für eine Verbreitung der Ombudsmann-Idee in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas eingesetzt. Schon aus der Anzahl der Mitglieder kann dessen Bedeutung abgeleitet werden.

Nach den Statuten dieses nach österreichischem Recht eingerichteten Vereins werden insbesondere die Förderung des Erfahrungsaustausches auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie die wissenschaftliche Behandlung und Forschung auf dem Gebiet von Menschenrechts- und Ombudsmann-Fragen bezweckt. Insbesondere der Erfahrungsaustausch im Rahmen der in verschiedenen Ländern organisierten Veranstaltungen ist für eine regionale Einrichtung wie den Landesvolksanwalt von besonderer Bedeutung.



Im Rahmen der ordentlichen Generalversammlung am 05. Oktober 2009 in Florenz wurde mein Mitarbeiter Dr. Josef Siegele als Nachfolger des langjährigen Geschäftsführers MMag. Dr. Nikolaus Schwärzler zum Generalsekretär des EOI gewählt. Um Interessenskonflikte zu vermeiden, habe ich meine Funktion als Schatzmeister zurückgelegt – diese Funktion hat die neue Landesvolksanwältin von Vorarlberg, Frau Mag. Gabriele Strele übernommen – ich bin jedoch als Vorstandsmitglied weiterhin für das EOI tätig.

Im vergangenen Jahr fand am 14. März 2009 in den Räumen des EOI in Innsbruck und am 26. Juni 2009 in Basel jeweils eine Vorstandssitzung statt; eine weitere Vorstandssitzung wurde am 04. Oktober 2009 in Florenz abgehalten. Schließlich wurde am 05. Oktober 2009 in Florenz die alle zwei Jahre durchzuführende ordentliche Generalversammlung abgehalten.

Im Rahmen dieser Generalversammlung übernahm, wie bereits erwähnt, Dr. Josef Siegele vom langjährigen Geschäftsführer MMag. Dr. Nikolaus Schwärzler die Funktion des Geschäftsführers, nunmehr nach einer Statutenänderung Generalsekretär genannt.



Wie kein anderer hat MMag. Dr. Nikolaus Schwärzler über mehr als 20 Jahre das EOI geprägt und mit vollem Einsatz für das EOI gearbeitet. MMag.

Dr. Schwärzler war Gründungsmitglied des EOI und anschließend in sämtlichen Funktionen tätig. Für seine herausragenden Dienste wurde er von der Generalversammlung einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt und mit einer würdigen Ehrenurkunde, welche am 05. Oktober 2009 im Rahmen der Generalversammlung in Florenz überreicht wurde, feierlich verabschiedet. Stellvertretend für das Land Tirol aber auch persönlich möchte ich Herrn MMag. Dr. Nikolaus Schwärzler für seinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle des EOI und die stets freundschaftliche Zusammenarbeit herzlich und aufrichtig danken.

In der Zeit vom 04. bis 07. Mai 2009 besuchte eine 11-köpfige **Delegation des Petitionsausschusses aus Berlin** das EOI und den Landesvolksanwalt von Tirol. Die Veranstaltung war geprägt durch intensiven Erfahrungsaustausch und die Diskussion über Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Arbeitsweisen.

Ebenso war der **Petitionsausschuss aus Mecklenburg-Vorpommern** am 01. und 02. Oktober 2009 in Tirol zu Besuch. Neben interessanten Diskussionen stand auch eine Führung durch die Sitzungsräume des Tiroler Landtages und ein Arbeitsessen mit Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa auf der Tagesordnung.



Pet-Ausschuss mit LTP DDr. van Staa, LTD Dr. Hofbauer und LVA Dr. Hauser

Zusammenfassend darf angemerkt werden, dass wir mit dem EOI eine international bedeutsame Einrichtung in Innsbruck haben. Dementsprechend wurde in der Vergangenheit des Öfteren versucht, den Sitz des EOI aus Innsbruck abzuziehen. Ich darf daher den Hohen Tiroler Landtag und die Landesregierung ersuchen, das EOI im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten weiterhin zu unterstützen. Gleichzeitig darf ich, auch namens des gesamten EOI – Vorstandes, für die bisherige Unterstützung danken.

3.2 INTERNATIONALE UND NATIONALE KONTAKTE

Zahlreiche Kontakte haben sich im Berichtsjahr durch meine Tätigkeit im Vorstand des Europäischen Ombudsmann-Institutes (EOI) und die vom EOI durchgeführten Veranstaltungen ergeben.

Schließlich traf sich in der Zeit vom **03. bis 05. September 2009 auf Schloss Goldrain in Südtirol** die schon traditionelle „alpenländische“ Seminarrunde. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz, Deutschland, Südtirol, Vorarlberg und der Volksanwaltschaft Wien hatte ich die Möglichkeit, Probleme rund um die **„Schwierigkeiten der Ombudsarbeit“** zu diskutieren. Diese im Zwei – Jahresrhythmus stattfindende Veranstaltung bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, ähnlich gelagerte Problemstellungen im Kreise erfahrener Ombudsleute, unterstützt durch professionelle Referenten, zu besprechen und wertvolle Hinweise für die Alltagsarbeit mitzunehmen.

Aufgrund vergleichbarer Rahmenbedingungen der Aufgabenerfüllung bestehen weiterhin ausgezeichnete Kontakte zur Landesvolksanwältin von Südtirol, Frau Dr. Burgi Volgger, zum Landesvolksanwalt von Vorarlberg, Herrn DDr. Felix Dünser und seiner Nachfolgerin Frau Mag. Gabriele Strele, sowie zu den Schweizer Ombudsleuten. Zahlreiche persönliche Gespräche während des Berichtsjahres brachten mir wertvolle Anregungen und Erfahrungswerte, wofür ich aufrichtig danke.

Entsprechend der Vorarlberger Rechtslage hat Herr DDr. Felix Dünser im Herbst 2009 nach 12-jähriger Amtszeit seine in höchstem Maße engagierte Tätigkeit als Landesvolksanwalt von Vorarlberg beendet und ist wieder in den Richterdienst zurückgekehrt. Für die zahlreichen stets freundschaftlichen Gespräche, welche für mich im Hinblick auf die gemeinsamen Rahmenbedingungen und die langjährige Erfahrung von DDr. Felix Dünser äußerst wertvoll waren, möchte ich mich aufrichtig und herzlich bedanken, verbunden mit den besten Wünschen für die weitere Zukunft!

Besonders bedanke ich mich auch für die gute Zusammenarbeit mit der Volksanwaltschaft in Wien bei den Frauen Volksanwältinnen Dr. Gertrude Brinek und Mag. Terezija Stoisits sowie Herrn Volksanwalt Dr. Peter Kostelka. Ausdruck der guten Zusammenarbeit war auch in diesem Jahr unsere Mitwirkung an den Sprechtagen der Volksanwaltschaft in Tirol.

Schließlich bestehen auch zu den weiteren „Landesanwaltschaften“ in Tirol gute und wertvolle Kontakte, welche dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch, nicht selten auch der gegenseitigen Unterstützung und Ergänzung dienen. Ausdruck dieser Verbundenheit ist ein alljährliches, jeweils von einer anderen Einrichtung organisiertes, Treffen zum Zwecke der Erörterung aktueller Probleme und Entwicklungen.

3.3 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit ist für den Landesvolksanwalt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Zweifellos ist diese Institution nach nunmehr 20 Jahren Bestand in Tirol relativ bekannt. Trotzdem ist eine regelmäßige Medienpräsenz zur Information der Bevölkerung über Aufgaben und Möglichkeiten dieser Einrichtung notwendig.

Auch in diesem Berichtsjahr wurde durch diverse Aussendungen, aber auch Radio- und TV-Interviews, entsprechende Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

So habe ich den Jahresbericht 2008 im Rahmen eines Pressegespräches den Medienvertretern vorgestellt und stand am gleichen Tage in der ORF – Radiosendung „Hallo Tirol“ den interessierten Anruferinnen und Anrufern Rede und Antwort.

Mehrmals reiste ich zu Vorträgen in Schulen und zu Politstammtischen in die Bezirke. Im Herbst 2009 hielt ich, gemeinsam mit Frau Volksanwältin Dr. Getrude Brinek aus Wien, über Einladung der Volkshochschule Innsbruck ein Referat über Aufgaben und Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes.

Ein besonderer Dank gilt hier wiederum der Tiroler Landeszeitung, die durch ihre Zustellung an alle Haushalte in Tirol eine besondere Publizität genießt und die Institution des Landesvolksanwaltes, sein Team und dessen Aufgabenstellung sowie die Termine der Sprechstage an den Bezirkshauptmannschaften und größeren Gemeinden Tirols flächendeckend im gesamten Land den Menschen näher bringt.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Ausgehend von der grundlegenden Annahme, dass es in der Demokratie stets auch wirksamer Kontrolleinrichtungen bedarf, um zu verhindern, dass die Staatsmacht die durch das Recht gezogenen Grenzen überschreitet, kommt dem Volksanwalt zweifellos die Funktion einer institutionalisierten Verbindungsstelle zwischen Bürger und Staat zu. Er hat dabei einerseits staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen und andererseits in Ergänzung zum bestehenden Rechtssystem verstärkt für Billigkeit und Gerechtigkeit und damit zugleich für mehr Akzeptanz staatlicher Entscheidungen innerhalb der Bevölkerung einzutreten. Gelingt es, diesen wechselseitigen Anforderungen zumindest im Wesentlichen gerecht zu werden, ist der Volksanwalt tatsächlich Hilfe für die Bevölkerung und die öffentliche Hand.

Die vielen Erfolge des letzten Jahres, nur beispielhaft in diesem Bericht aufgezählt, waren jedoch nur möglich, weil dem Landesvolksanwalt bei seiner Tätigkeit allseits umfassende Unterstützung zuteil wurde. Daher möchte ich den Bericht auch zum Anlass nehmen, insbesondere unserem Herrn Landtagspräsidenten, den Damen und Herren Abgeordneten zum Tiroler Landtag, dem Herrn Landeshauptmann, den Regierungsmitgliedern, dem Direktor des Landesrechnungshofes, dem Herrn Landesamtsdirektor, den Bezirkshauptleuten und Abteilungsvor-

ständen, aber auch allen Bediensteten, mit denen eine Kontaktaufnahme erfolgte, herzlich zu danken.

Danken möchte ich auch den zwei Tiroler Bürgermeisterinnen Hilde Zach und Maria Zwölfer sowie allen Herren Bürgermeistern für ihre konstruktive Zusammenarbeit und weiters allen Institutionen, die auch außerhalb der Kompetenz des Landesvolksanwaltes bürgerfreundlich und unbürokratisch zur Lösung von Problemen beigetragen haben.

Mein besonderer Dank gilt schließlich meinem Team, ohne dessen großartigen Einsatz, verbunden mit großer fachlicher und menschlicher Kompetenz, die im Bericht beispielhaft aufgezählten Erfolge und Leistungen nicht möglich gewesen wären. Gerade die imposante Zahl von rund 2.150 persönlichen Gesprächen wäre für den Landesvolksanwalt alleine unmöglich zu bewältigen und erfordert viel Geduld, Verständnis sowie eine hohe rechtliche und soziale Kompetenz von jedem einzelnen Mitarbeiter. Dankbar erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang das große Engagement meiner Mitarbeiter, auch im Falle von Unzuständigkeit aber erkennbarer Hilfsbedürftigkeit, den Betroffenen im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützend entgegen zu kommen.

Somit hoffe ich, mit dem vorliegenden Bericht über das Berichtsjahr 2009 wiederum

den Nachweis erbracht zu haben, dass auch in diesem Jahr mit viel Einsatz und großem Engagement gearbeitet wurde. Dabei war es uns immer wichtig, auf die Betroffenen zuzugehen, ihnen das Gefühl kompetenter Hilfestellung zu vermitteln und, wenn notwendig, ihnen auch menschliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Zusammenfassend darf ich anmerken, dass das vergangene Jahr schon aufgrund des 20-jährigen Bestandsjubiläums ein besonderes war. Etwas betrüblich war für mich, dass auch im Jubeljahr – entgegen einigen viel versprechenden Ankündigungen – die Erlassung eines Ausführungsgesetzes für den Landesvolksanwalt von Tirol nicht möglich war.

Abschließend darf ich meiner Freude über die am 03. Feber 2010 erfolgte Wiederwahl zum Landesvolksanwalt von Tirol Ausdruck verleihen. Das überzeugende Wahlergebnis im Tiroler Landtag ist für mich und mein Team Auftrag und Motivation – so wie bisher – mit großem Engagement weiterhin die Menschen in Tirol in verwaltungs- und sozialrechtlichen Angelegenheiten bestmöglich zu unterstützen.

Für weitergehende Auskünfte zur Tätigkeit des Landesvolksanwaltes stehe ich mit meinen MitarbeiterInnen gerne zur Verfügung.

Mit der nachfolgend zitierten Aussage des soeben wieder gewählten Europäischen Bürgerbeauftragten, Herrn Prof. P. Nikiforos Diamandouros, möchte ich den Jahresbericht 2009 schließen:

„An der Art und Weise, wie die öffentliche Verwaltung auf Beschwerden reagiert, lässt sich messen, wie bürgerfreundlich sie ist und wie sie die Entwicklung einer Dienstleistungskultur fördert.“

Dr. Josef Hauser

DER LANDESVOLKSANWALT VON TIROL

Innsbruck – Landhaus 1 • Eduard-Wallnöfer-Platz 3
Telefon: 0512/508-3052 • 0810/006200 zum Ortstarif • Telefax: 0512/508-3055
E-Mail: landesvolksanwalt@tirol.gv.at • www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt